

Bäcker-Zeitung.

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Gehülfen, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse
der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Dresden).

Herausgegeben und redigirt von D. Allmann, Hamburg, Weststr. 17, 1. Et.

Erscheint alle 14 Tage, Sonnabends.

Offizielles Organ des Verbandes
der
Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Hamburg).

Vereins-Anzeigen für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 $\%$, Geschäfts-Anzeigen 15 $\%$, doch ist bei Einblendung von Letzteren der Betrag beizufügen.

Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis.

Vereinsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 75 $\%$. — Für Einzel-Abonnements pro Quartal M. 1,20.

Hierzu eine Beilage.

Zur Beachtung!

Die Redaktion d. Bl. befindet sich von jetzt ab
Hamburg, Weststraße 17, I.

Alle Sendungen an die Redaktion, sowie den
Verbandsvorstand sind nur an diese Adresse zu
richten.
D. Allmann.

Die sächsische Gewerbeaufsicht 1897.

Unter allen einzelstaatlichen Gewerbeinspektionen Deutschlands hat es die sächsische am besten verstanden, sich in den Ruf arbeiterfeindlichster Rückständigkeit zu bringen und jeden Gedanken einer sozialreformatischen Wirksamkeit von sich fernzuhalten. Ihre Berichte werden denn auch von der Kapitalistenpresse sans phrase mit besonderer Vorliebe ausgeschlachtet, während der darin angeschlagene, wenig objektive Ton selbst von der verständigeren Presse unliebsam empfunden wird. Auch der neueste Berichtsband für 1897 macht darin keine Abweichung, und wir könnten zu Hunderten Belege anführen, aus denen die bureaukratisch-einseitige Stellungnahme der sächsischen Berichte deutlich erkennbar ist. Nur wenige Berichte bekunden eine verständigere Auffassung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterbewegung oder bemühen sich, tiefer in den Zusammenhang der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und in die Gedankenwelt der Arbeiter einzudringen; die meisten beurteilen die Arbeiter als eine unmündige, der Autorität der Arbeitgeber untergebene Masse, deren selbstständige Bewegungen und Forderungen principiis obsta zu bekämpfen seien — deren Gleichberechtigung eben nicht anerkannt wird. Die Auffassung, daß der Aufsichtsbeamte als ausführendes Organ des Arbeiterschutzes lediglich der Arbeiter wegen da sei, findet bei sächsischen Beamten fast nirgends Stätte; hier waltet die Anschauung, daß der Gewerbeinspektor ein Theil des Polizeiorganismus sei, dessen arbeiterfeindlicher Tendenz er sich anzuschließen habe, und die geringste Konzession gegenüber der Arbeiterschaft wird auf's Strengste verpönt. So kann es denn auch nicht Wunder nehmen, daß die Aufsichtsbeamten jede Stellungnahme zu wichtigen Zeitforderungen, wie z. B. die Anstellung von weiblichen und Arbeiter-Assistenten, ängstlich vermeiden und auch für eine Hebung des Verkehrs mit der Arbeiterschaft nicht das geringste Entgegenkommen zeigen. Die Beschwerdebekommisionen der Arbeiter, mit denen die Inspektionen im übrigen Deutschland anstandslos verkehren und günstige Erfahrungen erzielen, werden in Sachsen beiseite geschoben; der Dresdener Beamte verweigerte ihnen principiell jede Vermittelung und der Chemnitzer Beamte erhebt gegen sie den wenig gerechtfertigten Vorwurf, daß sie „das versteckte Denunziantenthum förberten“, weil sie die Nennung der Beschwerdeführer verweigerten. Nur der Plauensche Beamte sagte der Beschwerdebekommision der organisierten Textilarbeiter die Entgegennahme übermittelter Beschwerden zu und bekundete dadurch eine höhere Einsicht in den Zweck des Arbeiterschutzes. Würden alle Beamten den Arbeitern das gleiche Entgegenkommen zeigen, dann wäre in Sachsen nicht die für die wahre Stellung der Gewerbeaufsicht beschämende Thatsache zu verzeichnen, daß die Unternehmer die Aufsichtsbeamten als ihren Vertrauensmann be-

trachten und die Arbeiterschaft diesen gegenüber eine von Jahr zu Jahr wachsende Zurückhaltung beobachtet, die nicht selten von bitterer Kritik begleitet ist.

Auch in anderer Hinsicht bekämpfen die sächsischen Berichte ihren reaktionären Ruf. Gerade im Berichtsjahre boten die Erhebungen über die Nothwendigkeit eines sanitären Maximalarbeitstages für gesundheitsgefährdende Berufe Gelegenheit für jeden Beamten, eine Probe ihres Eifers für wirkliche Sozialreform abzulegen. Nun, die sächsischen Beamten haben diese Probe schlecht bestanden, denn die Hälfte derselben hält die Einführung eines Maximalarbeitstages überhaupt nicht für erforderlich und die Vorschläge der übrigen beschränken sich auf einige recht schwächliche Maßnahmen, die kaum noch den Namen Reform verdienen. Der Dresdener Beamte hält zwar für die Hausindustrie einen Maximalarbeitstag für wünschenswerth; jedoch sei derselbe ohne erhebliche Schädigung der Erwerbsverhältnisse einer Menge von Arbeiterfamilien nicht durchführbar. Der Chemnitzer Beamte hält bloß die Ueberstundenarbeit für gesundheitschädlich und empfiehlt eine allgemeine Vorschrift, daß die Arbeitszeit einschließlich der Ueberstunden 13 Stunden nicht überschreiten dürfe und bei länger als 60tägiger Dauer durch entsprechende Verfürzung zu anderen Jahreszeiten wieder auszugleichen sei, so daß im Durchschnitt nur elf Stunden täglich gearbeitet werde. Eine solche Ueberstundenregelung, ohne Normalarbeitstag, ist indess völlig unhaltbar. Der Wurzenener Beamte macht den schätzbaren Vorschlag, für alle Nachtbetriebe (von 10—5 Uhr Nachts) die Arbeitszeit auf zwölf Stunden zu beschränken und für die Arbeiter eine mindestens zwölfstündige Ruhepause zwischen zwei Schichten festzulegen. Im Uebrigen werden noch Arbeitszeitbeschränkungen vorgeschlagen für das Bedienungspersonal in Badeanstalten und elektrischen Beleuchtungsanlagen (Leipzig), für Heißlöther und Arbeiter in Hechel- und Kardiräumen (Freiberg), für Metallgießer und Mosalkplattenarbeiter (Annaberg), für Maschinensticker (Aue) und für Müller (Zittau). Die Vorschläge sind so unbestimmt wie möglich; nur der Beamte für Freiberg verlangt für Heißlöther im Freien eine zehn- und in geschlossenen Räumen eine achtstündige Arbeitszeit, sowie ein Beschäftigungsverbot für Arbeiter unter 18 Jahren. Natürlich ist auch von der Erörterung eines allgemeinen Normalarbeitstages in den sächsischen Berichten nichts zu finden und so ist, für Sachsen wenigstens, der ganze Werth der Erhebungen ein sehr fragwürdiger. Wollten die Arbeiter auf die Sozialreform von Regierungstische warten, so könnte unterdessen das Jahrhundert verfließen sein, und ehe sie auch nur einen schwächlichen 12—13stündigen sanitären Maximalarbeitstag erhalten, werden sie sich längst durch ihre Organisation einen viel kürzeren Normalarbeitstag erkämpft haben.

Wie sieht es denn aber eigentlich mit dem bereits bestehenden sanitären Maximalarbeitstag im Bäckergewerbe aus? Nach der Berichterstattung zu urtheilen, wird derselbe von den Aufsichtsbeamten ebenso ignoriert, wie von den Bäckermeistern, denn 7 von 13 Aufsichtsbeamten finden es nicht einmal für nöthig, über die Revisionen und über den Stand der Verhältnisse auch nur ein einziges Wörtchen zu berichten, und von den übrigen 6 giebt nur der Beamte für Plauen eine ausführlichere Schilderung der Verhältnisse, während die Anderen sich mit der bureaukratisch-trockenen Wiederholung einiger Revisionszahlen begnügen. Der Chemnitzer Beamte hat nur einige mit Mühlen verbundene Bäckereien revidirt und die übrigen Bäckereien den Polizeibehörden überlassen. Verfehlungen gegen

die Arbeitszeit hat er nicht gefunden, nur der Aushang einer Kalendertafel fehlte. Der Annaberger Beamte besuchte 62 Bäckereien in Verbindung mit Mühlen; in 11 derselben fehlte die Kalendertafel und in einer wurde der Lehrling zu lange beschäftigt; in letzterem Falle wurde der Unternehmer angezeigt und mit M. 10 bestraft. Der Auer Beamte hat ebenfalls nur (18) Bäckereien, die mit Mühlen verbunden waren, revidirt, von denen die meisten Tagesbetriebe waren und nur Schwarzbrot herstellten, also nicht unter die Verordnung fielen. Ähnliche Erfahrungen machte der Zittauer Beamte bei 22 Revisionen von Bäckereien, die theils kein Personal beschäftigten, theils nicht während der Nachtzeit bzw. nicht mehr als dreimal wöchentlich im Betrieb waren. Doch fand dieser Beamte in mehreren Bäckereien die vorgeschriebenen Aushänge überhaupt nicht oder wenigstens nicht in den Arbeitslokalen vor, und in einer Bäckerei bekam er heraus, daß ein Geselle wöchentlich 2—3mal länger als 12 Stunden beschäftigt wurde, wozu der Unternehmer sich berechtigt glaubte, da der Geselle damit einverstanden war und jede Uebersicht bezahlt bekam. Diese Ausrede verfiel indess nicht und es wurde die Abstellung dieser Unzulässigkeit veranlaßt. Im Bezirk Wurzen wurden 14 Mühlenbäckereien besucht, wobei der Beamte in einer Bäckerei fand, daß die dort beschäftigten Arbeiter wegen der in den Arbeitsräumen herrschenden unerträglich hohen Wärme mit vollständig entblößtem Oberkörper arbeiteten. Da auch der medizinische Sachverständige die Ansicht theilte, daß schon der Kleinlichkeit wegen zu verlangen sei, daß die Bäder ihre Arbeit in bekleidetem Zustande verrichten, so wurde der Unternehmer behördlich veranlaßt, die Arbeitsräume mit Vorrichtungen zum Abzug der heißen und Zugluft frischer Luft versehen zu lassen und dafür zu sorgen, daß dieselben gehörig zur Anwendung gelangen, und daß mit ihrer Hilfe die Temperatur auf ein erträgliches Maß herabgemindert wird. Der Plauensche Beamte endlich besuchte 16 Bäckereien und stellte in 6 derselben 9 „Verstöße“ fest, wovon sich 3 auf die Arbeitsdauer bezogen; in einem Falle wurde nicht einmal die ununterbrochene achtstündige Ruhezeit gewährt. Bei einem Meister ließ es die Inspektion mit mündlicher Belehrung und Verwarnung bewenden; die beiden anderen Ueberschreitungen wurden der Polizeibehörde angezeigt, die die beiden Gesetzesverächter — ebenfalls nur verwarnte! Kein Wunder, daß da die Bäckermeister sich nicht im Mindesten um die Verordnung scheeren. Im gleichen Bezirk kam der Inspektion durch die Polizei zur Kenntniß, daß ein Bäckermeister zwei Lehrlinge von 16—17½ Jahren über fünf Wochen lang täglich 15½ bis 17 Stunden, nämlich von Nachts 11 Uhr bis Nachmittags 2 oder 3 Uhr, und von Abends ½ bis ¾ oder 9 Uhr beschäftigte und ihnen dazwischen nur 10 Minuten Frühstücks- und 15 Minuten Mittagspause gewährte. Der Meister schob vor: die Lehrlinge hätten aus eigenem Antriebe länger gearbeitet, um sich auch Kenntnisse in der daneben betriebenen Konditorei zu erwerben; doch war diese Arbeitszeit nach Aussage eines Lehrlings durchaus keine freiwillige gewesen. Der Lehrlingsausbeuter wurde gerichtlich zu einer Geldstrafe von — nur M. 10 (!) verurtheilt.

Bei solcher Handhabung muß das sächsische Bäckergewerbe für die Meister zu einer Farce herabsinken. Ueber die Ergebnisse der polizeilichen Bäckereirevisionen sucht man vergeblich etwas in den Berichten. Daß Polizeibeamte zu solchen Revisionen wenig geeignet sind, wurde schon des Ofteren hervorgehoben. Aus diesem Grunde halten wir die Arbeitstheilung zwischen Inspektion und

Polizei, wonach die erstere die mit Mühlenbetrieb verbundenen Bäckereien und die letztere die reinen Bäckereien revidiert, für völlig verfehlt, um so mehr, als zahlreiche Mühlenbäckereien, da sie nicht mehr als dreimal wöchentlich und zum Teil auch nicht wöchentlich baden, garnicht der Verordnung unterliegen. Eine energische, oft wiederholte Kontrolle aller Bäckereien ist die Vorbedingung der Durchführung des Bäckerschutzes; ist dazu die Gewerbeinspektion in ihrer heutigen Form nicht im Stande, so vervollständigt man sie durch die Zuziehung von Assistenten aus Arbeiterkreisen, die genug Sachkenntnis besitzen, um hinter alle Scheinrenten Bäckereimeister zu kommen. Die gegenwärtige Art der Kontrolle muß bei den Bäckereibetrieben das Mißtrauen erwecken, als wolle man den ganzen Bäckerschutzes zu einem papiernen Dasein verurtheilen. Auch die milde Behandlung der Uebertreter leistet keinen wesentlichen Voranschub. Die preussischen und sächsischen Aufsichtsbeamten beschränken sich wenigstens in ihren Berichten über die milden Verfügungen der Behörden und Gerichte; die sächsischen Beamten halten dies für so selbstverständlich, daß sie für diese Milde kein Wortchen der Kritik übrig haben.

Ebenso ist es mit der Durchführung des Kinder- und Jugendschutzes bestellt. Im Bezirk Meissen beschäftigte eine Blumenfabrik außer einer Anzahl von erwachsenen Arbeiterinnen und Arbeitern zwanzig Schulkinder; die Oberbehörde hatte nichts dagegen einzuwenden, da sie den Betrieb nicht als „Fabrik“ erachtete. In den Bezirken Jittau und Annaberg kam es wiederholt vor, daß jugendliche Arbeiter, die im Stücklohn beschäftigt sind, eigenmächtig die Arbeitsdauer überschritten und sich auch nicht um die festgesetzten Pausen kümmerten, wobei die vorgesetzten Meister, die doch den Betrieb zu überwachen haben, jede Verantwortlichkeit ablehnten. Man sollte meinen, daß die Behörden streng gegen diesen Unfug eingeschritten wären und den Unternehmern und deren Vertretern ihre Verantwortlichkeit zu Gemüte geführt hätten; aber nichts von alledem, im Gegenteil klingen die Berichte beinahe wie eine Entschuldigung der Unternehmer, die von ihren arbeitsfertigen Jugendlichen hinter's Licht geführt werden. Die Zahl der Jugendschutzübertreter ist denn auch nur von 1115 auf 1110, die der Vergehen von 1922 auf 1708 Fälle zurückgegangen, während die Bestrafungen von 87 auf 52 zurückgingen, ein Beweis, daß die behördliche Milde weit nachgiebiger war!

Etwas besser sieht es mit dem Arbeiterinnenchutz aus, der nur noch geringen Schwierigkeiten begegnet. Das kommt indes zum Theil daher, daß diejenigen Unternehmer, denen die arbeiterschützende Hausindustrie zur Verfügung stand, von der dadurch gebotenen Möglichkeit, sich den gesetzlichen Beschränkungen zu entziehen, Gebrauch gemacht haben. Es wird denn auch mehrfach von einer Zunahme der Hausindustrie berichtet, die um so bemerkenswerth ist, als die schlechte Geschäftslage der Textilindustrie zahlreiche weibliche Arbeitskräfte freisetzte und demnach eine Ausbeutung der Produktion weniger als in den Vorjahren die Ursache dafür sein konnte. Trotzdem ist die Summe der für Arbeiterinnen bewilligten Ueberarbeit nur um ein Geringses, von 1195 080 auf 1174 086 Ueberstunden zurückgegangen, an welchen 742 Betriebe mit 69 259 Arbeiterinnen beteiligt waren. 90 pZt. dieser Ueberarbeit entfallen auf die Textil-, Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrien; die Nahrungsmittelindustrie ergibt für 40 Betriebe und 4158 Arbeiterinnen 234 594 Ueberstunden. Daneben wurde noch 78 Betriebe für 3007 Arbeiterinnen sonnenabendliche Ueberarbeit gewährt, was 87 pZt. der beteiligten Arbeiterinnen auf die Textilindustrie und 67 pZt. allein auf den Bezirk Aussig entfallen. Der unternehmerfreundliche Eifer der bürgerlichen Behörden bedürfte endlich einmal einer ernstlichen Kritik.

Die Wirtschaftslage der erwachsenen Arbeiter zeigte im Berichtsjahre schon merkliche Spuren des Niederganges. Vor Allem wirkte der schlechte Geschäftsgang der Textilindustrie infolge ungünstiger Exportverhältnisse drückend, so daß in diesen Betrieben in zeitweiliger Arbeitslosigkeit, besonders in den Bezirken Plauen, Annaberg und Jittau, zu bemerken war. Die übrigen Industrien standen zwar günstiger da, aber auch hier war ein Rückschlag gegenüber dem Vorjahre nicht zu verkennen; nur die Maschinen- und Metallindustrie war vollaus beschäftigt und arbeitete in zahlreichen Ueberstunden und theilweise sogar in regelmäßigen Nachtbetrieben. Die Arbeitszeit hat gegen früher wenig Aenderung erlitten; sie ist in den Gewerbetrieben bis elfstündig, in den Kleinbetrieben und auf dem Lande zehn- bis zwölfstündig und darüber. Nach dem statistischen Bericht des Annaberger Beamten hatten 702 Betriebe 516 eine mehr als zehnstündige, 157 eine mehr als elfstündige und 157 eine mehr als zwölfstündige Arbeitszeit. Angesichts solcher Verhältnisse ist das

Bestreben, die Arbeitszeit zu verkürzen, ein höchst berechtigtes und der Vorwurf des Leipziger Beamten gegen die Gewerkschaften, gegen dieses Bestreben sicher wenig angebracht, zumal die Unternehmer nur in den seltensten Fällen aus eigenem Antriebe die Arbeitsdauer beschränken. Auch die Löhne haben sich im Allgemeinen auf der früheren Höhe gehalten; nur in der Textilindustrie waren empfindliche Lohnausfälle bis zu 25 pZt. des vorjährigen Verdienstes ziemlich häufig, obwohl dieser Verdienst selbst in normalen Jahren nur zwischen M. 7—11 schwankte. Wenn sich aber auch das Gelohn im Allgemeinen wenig veränderte, so wurde doch dessen Kaufkraft durch die Vertheuerung der wichtigsten Lebensmittel (Fleisch, Brot, Mehl, Leucht- und Heizmaterialien, Kartoffeln, Obst usw.), sowie der Wohnungsmiethpreise erheblich geschwächt, was ebenfalls einer empfindlichen Lohnminderung gleichkam. Was blieb dabei den Arbeitern übrig, als bei der Ernährungsweise zu sparen oder sich einen kleinen Zuschuß durch Aufnahme von Kost- und Schlafgängern zu ermöglichen. So ging in Löbau und Chemnitz der Fleischverbrauch zurück und in letzterer Stadt stieg der Konsum von Pferde- und Hundfleisch auf den Umfang von 152 890 Kilogrammen. Auch über zunehmenden Branntweingenuss klangen manche Berichte, eine Erscheinung, die immer die Begleitung wirtschaftlicher Misere war.

Wenn nun auch die Arbeiter mehr denn früher bestrebt waren, sich durch Organisation und Lohnkampf noch im letzten günstigen Moment bessere Verhältnisse zu erringen, so ist doch dabei immer nur eine kleine Elite betheilig, die allein die Zustände nicht bessern kann, wenn sich die übrige Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrzahl passiv verhält. Trotzdem verliefen die meisten Lohnbewegungen günstig für die Arbeiter. Der Leipziger Beamte berichtet unter zahlreichen Streiks auch von einem solchen in einer „sozialdemokratischen“ Genossenschaftsbäckerei; dem entgegen sei festgestellt, daß das damit gemeinte Bäckereiunternehmen mit der Sozialdemokratie nicht das Mindeste zu thun hat, sondern ein bürgerliches Unternehmen ist, wie alle übrigen. Daß der Leipziger Beamte sich den Hinweis auf den Leipziger Maurerstreik mit seinen zahlreichen Verurtheilungen im Gefolge nicht entgehen läßt, verweist sich von selbst, ebenso, daß er dabei völlig die Thatsache verschweigt, daß die Ausständigen erst durch die polizeilichen Koalitionsbeschränkungen erbittert wurden. Die Beamten von Chemnitz und Zwickau haben in ihren Bezirken nichts von Ausschreitungen bemerkt, was durch den Mangel polizeilicher Eingriffe zur Genüge erklärt ist.

Aus der sächsischen Betriebs- und Arbeiterstatistik sei hervorgehoben, daß der Inspektion im Berichtsjahre 6370 (6175*) Dampf- und 6502 (6263) andere Motoren, sowie 4482 (4537) Handbetriebe, zusammen 17354 (16975) Fabrikbetriebe mit 481074 (456402) Arbeitern unterstanden. Von letzteren waren 302431 (284022) männliche und 142792 (137865) weibliche Erwachsene, sowie 34567 (32247) Jugendliche und 1284 (1268) Kinder. Es haben somit seit 1896 die Betriebe um 2,2 pZt., die Arbeiter um 5,4 pZt. zugenommen, und zwar die erwachsenen Arbeiter um 6,4 pZt., die Arbeiterinnen um 3,6 pZt., die Jugendlichen um 4,1 pZt. und die Kinder um 1,2 pZt. Revidiert wurden 72,7 pZt. der Betriebe und 86 pZt. der Arbeiter. In der Nahrungsmittelindustrie wurden 3891 (3833) Betriebe mit 28546 (27238) Arbeitern, davon 17115 (16396) männliche und 9901 (9388) weibliche Erwachsene, sowie 1486 (1405) Jugendliche und 44 (49) Kinder gezählt. Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug nach den Berichten 17694 (16145), eine Zunahme um 9,6 pZt., wogegen die tödtlichen Unfälle sich von 111 auf 132 oder um 19,1 pZt. vermehrten. Außerdem kamen im Bergbau 4151 Unfälle, darunter 42 tödtliche, vor.

*) Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf 1896.

Versammlungen.

(Die Schriftführer werden ersucht, schmales Papier zu gebrauchen und auf einer Seite zu beschreiben.)

Berlin. Am Donnerstag, den 11. Oktober, fand die hiesige Mitgliederversammlung statt. Kollege Höpfer hielt einen sehr interessanten Vortrag über den Stand der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1897. Er besprach in seinem Vortrage die Ursachen, welche die Arbeiter zwingen, sich zusammenzutun und sich zu organisieren in einer Gewerkschaft, ihre Bekämpfung durch die Unternehmer und durch die Polizei. Ganz besonders besprach Kollege Höpfer die Entwicklung der englischen Gewerkschaften, ihre Verfolgungen und ihr Wirken bis auf den heutigen Tag, welches den Arbeitern in Deutschland als Wegweiser zur Ausharung der deutschen Organisationen dient. Außerdem besprach Kollege Höpfer die Interesslosigkeit der deutschen Bäder ihrer Organisation gegenüber, und bittet die anwesenden Kollegen, stets für unsere Organisation zu agitieren und zu wirken. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem gab der Kassirer Gierisch den Quartalsbericht. Dieser wurde von den Revisoren für richtig erklärt und wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Beim letzten Punkt erwähnte

ein Kollege noch die neue Buchhausvorlage, wonach ein Jeder, der zum Streik anreizt, mit Buchhaus bestraft wird. Es entspann sich darüber eine kurze Diskussion. Auch über die Verbreitung des „Bäder“ entstand eine Debatte und wurde beschlossen, eine Extraktion stattfinden zu lassen, die sich nur mit dieser Frage beschäftigen soll. Unter Anderem verlas der Vorsitzende eine Urkunde von den Mitgliedern des Besetzungsvereins, in welcher derselbe sein Vereinsthätigkeit der Mitgliedschaft als Geschenk für die Bibliothek vermachte. Der Vorsitzende bittet die Kollegen, zum Generalfonds beizutragen und die Versammlungen pünktlicher zu besuchen. Um 7½ Uhr erfolgte Schluß der Versammlung.

In einer Bäderversammlung, die am 18. Oktober in der „Tonhalle“ tagte und sich eines zahlreichen Besuchs erfreute, hielt Wilhelm Diebnecht einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die angekündigte Buchhausvorlage. Der Redner erinnerte daran, daß die Koalitionsfreiheit in England errungen worden ist nach dreißigjährigen, auf beiden Seiten mit größter Erbitterung geführten Kämpfen. Damals waren die englischen Arbeiter, die uns jetzt als friedliche gerühmt werden — sie haben ja keinen Grund, nicht friedlich zu sein — nichts weniger als friedlich. Wenn wir auch jetzt in Deutschland das Koalitionsrecht haben, so ist doch dasselbe durch so viele Ausnahmebestimmungen beeinträchtigt, daß von einem freien Koalitionsrecht keine Rede sein kann. In keinem Kulturlande sind die Arbeiter in der Ausübung des Koalitionsrechtes mehr behindert, als in Deutschland. Das angekündigte Gesetz, welches die Anreizung zum Streik mit Buchhaus bedroht, bedeutet eine vollständige Vernichtung des Koalitionsrechtes. Es handelt sich nicht etwa, wie die Beschwörer dieses Gesetzes glauben machen wollen, nur um eine Bestrafung des Mißbrauches der Koalitionsfreiheit, denn in den Augen des Herrn v. Siumm und seiner Gesinnungsgenossen ist jeder Gebrauch des Koalitionsrechtes ein Mißbrauch. Keines aller bestehenden Rechte ist den Kapitalisten verweigert, als das Koalitionsrecht. Wie aus Anlaß des Genfer Attentats in's Werk gesetzte Anarchisten hat richtet sich in Wirklichkeit gegen die klassenbewusste Arbeiterbewegung. Die Anarchistenfurcht wird nur dazu benutzt, die Vernichtung des Koalitionsrechtes durchzuführen. Gegen diesen Vorstoß der Kapitalistenklasse gilt es Front zu machen. Da heißt es vor allen Dingen die Organisation stärken. Da nur eine einheitliche Organisation mit Erfolg für die Interessen ihrer Berufsgenossen wirken kann, so sollten die Bäder Berlins einen Weg finden, auf dem eine Vereinigung beider hier bestehenden Organisationen möglich ist, um so mit Erfolg den Kampf zu führen gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechtes. Ohne Diskussion wurde eine Resolution folgenden Inhaltes angenommen: Die Versammlung protestirt gegen die geplante Beschränkung des Koalitionsrechtes, welche einer vollständigen Vernichtung desselben gleichkommt. Die Arbeiter verlangen als gleichberechtigte Staatsbürger dieselben Rechte, welche den Unternehmern gewährt sind. — Schneider und Hetschel erstatteten hierauf Bericht als Delegirte zur Gewerkschaftskommission. Sie wurden beide auf's Neue mit diesem Amt betraut.

Anmerkung der Redaktion. Es freut uns, daß hier auch unser alter weiserer Vorkämpfer einmal Gelegenheit genommen hat, das Gebahren der „Führer“ in der Berliner Bäderbewegung scharf zu kritisieren, die in ihrem Starrsinn nur darauf bedacht sind, sich gegenseitig zu zerfetzen und dadurch den Herren Bernard und Genossen in die Hände zu arbeiten, wie diese es sich nicht besser wünschen können. Ob diese Mahnung zur Einkehr bei diesem verwerflichen Treiben etwas nützen wird? Wir bezweifeln dies, denn nicht prinzipielle Differenzen sind heute noch die Schuld dieses verwerflichen Treibens, sondern nur die Starrköpfigkeit einzelner Leute. Diese Phrasendrescherei, wie sie dort beliebt wird, hat zum Gaudium unserer Gegner die Berliner Bäderbewegung um Jahrzehnte zurückgeworfen; und wer wollte es den Innungsproben verdenken, wenn sie Berlin zum Stapelplatz für arbeitswillige Bädereigenen machen, die sie, wie in diesem Jahre beim Streik in Hamburg-Altona, auch in Zukunft unseren um Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Kollegen in den Rücken werfen, sobald in irgend einer Stadt die Bewegung ausbricht. Jedem ehrlichen Kämpfer unserer Sache blutete das Herz, wenn er vom 22. bis 25. Juni die Schwärme verkommener Berliner Bäder sah, die sich dazu gebrauchen ließen, ihren Hamburg-Altonaer Kollegen in den Rücken zu fallen. Feststehende Thatsache ist es, daß die Stadt der Intelligenz dreimal so viel Streikbrecher nach dem Streikort geliefert hat, wie das ganze übrige Deutschland, und dasselbe haben wir zu gewärtigen, wenn in irgend einer anderen Stadt eine ernste Bewegung ausbricht. Und wer trägt die Schuld daran? Nur jene lastigen Führer, die ihr höchstes Bestreben darin suchen, sich gegenseitig zu bekämpfen und zu beschimpfen, und so allen Halt unter ihren Füßen verloren haben, die nicht einmal mehr im Stande sind, das Solidaritätsgefühl unter der Masse der Indifferenten zu wecken. Würde heute auch nur eine kleine geschlossene Kämpferschaar, aber nur eine Organisation vor die Masse der geknechteten Berliner Bädereiarbeiter hintreten und Propaganda für die Befreiung aus der Knechtschaft machen, in hellen Haufen würde sich das Bäderproletariat um ihr Banner scharen. So lange dies aber nicht eintritt, wird Berlin für die deutsche Bäderbewegung verloren sein.

Bremen. Mitgliederversammlung am 16. Oktober. Tagesordnung: 1. Kartell- und Kommissionsbericht. 2. Vergnügungsangelegenheiten. 3. Verchiedenes. Zu Punkt 1 erstattete Kollege Nordmann Bericht, daß das Kartell Aufhebung der Agitation in der Bäderbewegung beschlossen, und theilt mit, daß auf Antrag der Kommission das Kartell sich wiederum mit der Frage beschäftigt habe und dasselbe am 19. d. eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung über die Sache entscheiden soll. Eine längere Debatte schloß sich an den Bericht an. Zum 2. Punkt sprach Kollege Bremermann für Abhaltung einiger Vergnügen, was auch nach einigen Widerreden verschiedener Kollegen beschlossen wird. Hierauf fand Schluß der Versammlung statt.

Chemnitz. Unsere erste Monatsversammlung am 2. Oktober war trotz aller Bemühungen der bisherigen Mitglieder schwach besucht. Trotzdem war die Stimmung eine gute und wurde lebhaft erörtert, wie das Interesse für den Verband bei den hiesigen Gesellen zu erwecken sei. Auf Antrag des Kollegen Neumann wurde beschlossen, ein Zirkular anzufertigen, worin sich die hiesigen Konsumbäder (Meister) verpflichten sollen, bei Einstellung von Gesellen organisierte Kollegen zu bevorzugen. Ferner wurde beschlossen, in nächster Zeit noch eine öffentliche Gesellenversammlung einzuberufen und Kollege Heitmann mit den nöthigen Vorarbeiten beauftragt. Nachdem noch über die Bedrohung des Koalitionsrechtes gesprochen, wurde die Versammlung geschlossen.

Dauzig. Die Mitgliederversammlung am 29. September war leider nur schwach besucht. Kollege Heiland verlas den

Situationsbericht über das siegreiche Ende des Hamburger Streiks, die Kollegen sodann auffordernd, ebenso fest wie die dortigen Kollegen sich zusammen zu schließen und für die Verhandlungsinteressen gemeinsam weiter zu wirken, dann würden auch die Lage kommen, solche Erfolge zu erringen. Ein Mitglied wurde der laue Versammlungsbefuch getadelt, mehrere Mitglieder erschienen erst, als die Versammlung bereits zu Ende war.

Anmerkung des Schriftführers: Kollegen! Hat sich eure Begeisterung für den Verband so schnell wieder gelegt, daß ihr nicht einmal die paar Stunden Zeit opfern könnt, um pünktlich in der Versammlung zu erscheinen? Man sollte doch meinen, daß Alle, welche in der Versammlung, wo die Sache so wichtig ist, die Versammlungen pünktlich zu besuchen, den Willen haben, die Versammlungen pünktlich zu besuchen. Nur wenn ihr dort vollzählig erscheint, werdet ihr eure Interessen wahren können. Deshalb laßt euch nicht von euren Meistern einschüchtern, sondern besucht Alle pünktlich die Versammlungen.

Dresden. In der regelmäßigen Monatsversammlung berichtete man über die Zustände in der Bäckerei von Werner in Plauen bei Dresden. Dort wird jeden Sonntag bis Mittags gearbeitet. Trotzdem bei vorgenommener Kontrolle der arbeitende Arbeitgeber die Abstellung dieser Zustände zugesichert hatte, wurde an den darauffolgenden Sonntagen wieder bis Mittags gearbeitet. Man beschloß, dieses zur Anzeige zu bringen und die Bäckerei so lange im Auge zu behalten, bis die Uebelstände abgestellt sind. Im Weiteren befaßte man sich mit der bevorstehenden Stollenbäckerei des hiesigen Konsumvereins "Vorwärts". Hierbei wurde das verfassungsmäßige Gebahren der Bäckermeister gegenüber der Gesellenorganisation beleuchtet und hervorgehoben, daß die Existenz der meisten Bäckermeister von der Arbeiterkundschaft abhängig ist, trotzdem nehmen die Meisten derselben einen feindseligen Standpunkt gegenüber der Arbeiterbewegung ein. Da die Organisation der hiesigen Bäckermeister unter schwierigen Verhältnissen gegen die Machinationen und Maßregeln von Seiten der Unternehmer anzukämpfen hat, so soll, wie bisher, wiederum die Verwaltung des Konsumvereins "Vorwärts" erjucht werden, die weitere Entwicklung der Bäckerorganisation dahingehend zu unterstützen, daß nur solche Bäckermeister die Lieferung erhalten, welche den von der Gesellenorganisation gestellten Forderungen entsprechen. Die hierzu gestellten Anträge besagten, daß darauf zu sehen sei, daß die Lohnverhältnisse besser werden, worauf die weiteren Formalitäten und Unterhandlungen mit der bestehenden Verwaltung einer dreigliedrigen Kommission, bestehend aus den beiden Vertrauensmännern Reinhardt und Pielichmann und dem Vorsitzenden des Fachvereins, Kollegen Otten, übertragen werden. Auch an den Konsumverein für Löbau soll in obiger Weise herangegangen werden. Im Weiteren wurde berichtet, daß die in diesem Monat beabsichtigte öffentliche Bäckerorganisation mit einem Referat über "Das Handwerkergesetz" mangels eines geeigneten auswärtigen Referenten unterbleiben muß, dafür findet aber am 27. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, im "Trianon" eine außerordentliche Versammlung des Fachvereins statt, zu welcher Gäste Zutritt haben, mit der Tagesordnung: "Die Erfolge unserer Hamburger Kollegen, und wie stellen sich die Dresdener Kollegen hierzu?" Der Vorsitzende ermahnt zum Schluß noch zu zahlreichem Besuche dieser Versammlung.

Splügen. Auf Veranlassung der vereinigten Gewerkschaften fanden am 13. September und 9. Oktober öffentliche Bäckerversammlungen statt, in welchen Herr Bögel aus Stuttgart referierte. In der ersten Versammlung sprach derselbe über den Nutzen der Organisationen, in der zweiten über den Hamburger Streik. Beide Vorträge wurden beifällig aufgenommen. Obwohl nun in der ersten Versammlung zwei Bäcker glaubten, ihren Kollegen vom Beitritt in den Verband abrathen zu müssen, ließen sich doch zehn Mann aufnehmen. In der zweiten Versammlung, wo ihnen dann vom Referenten sowie vom Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells die Notwendigkeit der Organisation klar vor Augen geführt wurde, ließen sich dann noch vier Mann aufnehmen. Nach diesem gab G. Kennigott den Gewerkschaftsbericht, daran die Aufforderung zum Anschluß an das Kartell knüpfend. Mit der Führung der Geschäfte, sowie als Delegierter zum Kartell, wurde Genosse Kennigott beauftragt. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen sollen bis auf Weiteres jeden letzten Sonntag im Monat stattfinden und in der Bäckerzeitung bekannt gemacht werden. Mit dem Wunsche, die neue Jahreshälfte möge blühen und wachsen, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung.

Frankfurt a. M. Die Versammlung am Mittwoch, den 12. Oktober, im "Erlanger Hof", war schwach besucht. In der letzten Versammlung legte der Vorsitzende Tragefer sein Amt nieder. Auch der Kassirer Hölzle stellte der Versammlung anheim, einen anderen Kassirer zu wählen, wenn sie es für nützlich halte. Tragefer begründete in längeren Ausführungen seinen Entschluß. Es sollte nicht angenommen werden, daß er jetzt für die Organisation nicht mehr thätig sein wolle, sondern wenn er gerufen werde, sei er zur Stelle; es schade auch nichts, wenn jüngere Kräfte eingeschult werden. Kollege Peß wanderte sich, daß die Vorstandsmitglieder bis zur Neuwahl im Januar nicht mehr thätig sein wollen. Nachdem noch verschiedene Redner zur Sache gesprochen, wurde der seitherige zweite Vorsitzende, Carl Sauer, als erster Vorsitzender einstimmig gewählt, welcher für das Vertrauen dankte und betonte, daß seine Arbeiten nur von Erfolg sein könnten, wenn die Kollegen ihn unterstützen und zahlreich dem Verbande beitreten. Als zweiter Vorsitzender wurde Michael Feß gewählt. Betreffs Wahl eines ersten Kassirers wurde die Thätigkeit des seitherigen gutgeheißen und einstimmig wieder Kollege Hölzle gewählt. Für den zweiten Kassirer, Hübich, welcher seine Thätigkeit einstellte, wurde Kollege Goldstein gewählt. Als Revisor wurde Carl Tragefer gewählt. Das Verhalten des Mitgliedes Carl Müller (früher in Offenbach a. M.), welcher in der letzten Versammlung als Revisor gewählt wurde und den Antrag stellte, daß die Kasse von einer Kommission revidiert werden soll (aber bis heute hat der Kassirer noch keine Kommission gesehen, um eine Revision vorzunehmen, was demselben sehr willkommen gewesen wäre), wurde getadelt. Auch ist er noch in keiner Vorstandssitzung erschienen und hat sich absichtlich über den Verband geäußert. Derselbe wurde deshalb seines Postens als Revisor entzogen. Der Kassirer Hölzle betonte die Notwendigkeit der regelmäßigeren und prompteren Beitragszahlung; es sei ein Schlandrian eingerissen, dem energig entgegen getreten werden müsse. Er beantrage deshalb, in den nächsten Versammlungen die Namen der restierenden Mitglieder bekannt zu geben; ebenfalls beantrage er, Bezirkskassirer zu wählen. Beide Anträge wurden angenommen und die Kollegen Maas, Binder, Sinner, Grahm und Alois Müller als

Bezirkskassirer gewählt. Hölzle legte den Anwesenden an's Herz, die mündliche Agitation mehr zu betreiben, damit die Mitgliedschaft ihren Stand behauptet, trotz aller Anfechtungen von verschiedenen Seiten. Da die Zeit weit vorgeschritten war, wurden die übrigen Punkte vertagt bis zur nächsten Versammlung.

Gera. Öffentliche Bäderversammlung am 23. Oktober bei Deder, Waldstraße. Tagesordnung: "Die Erfolge unserer Hamburger Kollegen und Zweck und Nutzen des Verbandes". Referent Kollege F. Neus-Gräfenhal. Auf das Thema selber brauche ich wohl nicht erst einzugehen, da dasselbe wohl den Kollegen schon genügend bekannt ist. Der Referent schloß seinen beinahe einstündigen Vortrag mit einem warmen Appell an die Kollegen, doch endlich aufzuwachen und dem Verbande beizutreten. In der hierauf folgenden Diskussion sprachen sämtliche Redner im Sinne des Referenten, insbesondere Herr Handlungsgeselle Seidel, welcher in kräftigen Worten den Unterschied zwischen Kapital und Arbeit anführte, indem er den Anwesenden klar machte, wie das Unternehmertum sich immer mehr zusammenschließt; also müßten auch die Arbeiter sich aufraffen, sich organisieren, um dagegen Front zu machen. Stark betont wurde, daß gerade diejenigen Arbeiter, welche zu den ungünstigsten Bedingungen arbeiten, an wenigsten Interesse und Neigung zeigen, ihre Lage zu verbessern. In Bezug auf das Logiswesen kamen recht schöne Sachen zur Sprache. So soll es in Gera Bäckereien geben, wo seit sechs und neun Monaten die Bettwägel nicht gewechselt wurde. Einige Kollegen meldeten sich zur Aufnahme, andere versprachen, in der nächsten Versammlung, am 6. November, in der "Löwenburg", Schmeltzstättenstraße, beizutreten.

Anmerkung des Schriftführers. Nun, ihr neu aufgenommenen Mitglieder, erscheint Alle und bringt eure noch fernstehenden Kollegen mit zur nächsten Versammlung. Es wird ein Vortrag über "Freie und Zwangsbinnungen" gehalten. Thue ein Jeder seine Pflicht, dann wird es hier auch bald anders werden.

Hamburg. Die Mitgliedschaften von Hamburg, Altona und Wandsbek hielten am 13. Oktober bei Horn (Hohe Weiden) eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung ab. Für die Abrechnung vom dritten Quartal wurde dem Kassirer Diegner Decharge erteilt. Dann erstattete Liescher den Bericht der Kommission betreffs Verbandsbüreau. Allmann ermahnte die Anwesenden, auch dafür Sorge zu tragen, daß alle Arbeitskräfte, die vom Verbande gefordert würden, von dort geholt werden und nicht jemand seine Freunde bevorzuge. Liescher empfahl, nach auswärtig Jirkulare an die Arbeitgeber zu senden mit der Bitte, unseren Arbeitsnachweis zu benutzen. Zur Unterstützungsfrage und Ergänzungen wird beschlossen, die gegenwärtige Steuer bis auf Weiteres beizubehalten. Die Versammlungen werden in Zukunft in der "Leisinghalle" abgehalten.

Hannover. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung tagte am 2. Oktober bei Wiefle, und standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Revisorenwahl für den abgelaufenen Kollegen Wittbüchter. 2. Ein in Anbetracht verschiedener zur Kenntnis genommener Mißstände in hiesigen Bäckereien auszuarbeitendes Regulativ an das Polizei-Präsidium. 3. Vorstandswahl für den auscheidenden Kollegen Hade. Beim ersten Punkt wurde Kollege Wöllner gewählt. Beim zweiten Punkt wurden die Kollegen Hade, Kühl und Brunert beauftragt, die Sache auszuarbeiten und der nächsten Versammlung vorzulegen. Beim dritten Punkt wurde Kollege Bösch als Vorsitzender gewählt. In der Diskussion hierzu wurde von verschiedenen Kollegen geltend gemacht, daß der Vorfall unserer Mitgliedschaft in Händen von Kollegen sein müsse, die bei Innungsmeistern arbeiten, um den künftigen Gerüchten, unser Vorstand gehöre garnicht zur Gesellenschaft, entgegenzutreten. Dem gegenüber wurde aber betont, daß dadurch, daß verschiedene unserer Kollegen in der Genossenschaft arbeiten, den Herren Krautern die Gelegenheit genommen ist, die Vorstandsmitglieder so ab und zu mal zu maßregeln, und wurde den Genossenschaftsbäckern in Anbetracht ihrer größeren agitatorischen Bewegungsfreiheit ernstlich anheim gestellt, von ihrer freien Zeit etwas zur Agitation zu verwenden.

— Eine öffentliche Bäderversammlung tagte am Donnerstag voriger Woche im Saale des "Ballhofes". Kollege Allmann aus Hamburg referierte über den Streit der Hamburger Bäcker gegen sein siegreiches Ende. Der Referent führte sämtliche Pflichten des ausgefochten Kampfes in ihren Einzelheiten den Anwesenden vor Augen und widerlegte im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen die Behauptung der Hamburger Bäckerinnung, daß der Streit vom Jaun gebrochen sei. Besonders eingehend behandelte der Redner die von den Innungen aufgestellten Reverbse auf konventionalftrafen, sowie die von dem Arbeitgeberverbande den Meistern angebotenen Unterstützungen zwecks bedingungsloser Unterwerfung. Alles das habe jedoch den Sieg nicht verhindern können, da die große Masse des konsumierenden Publikums auf Seiten der Arbeiter gestanden habe. Zu der Unterstützung derjenigen Kollegen, die noch keine Arbeit wiedergefunden haben, zahlen die Hamburger Kollegen je M. 1 pro Woche, so daß es ein Leichtes ist, die noch Arbeitslosen über Wasser zu halten. — In der Diskussion nahm zunächst Kollege Gerner das Wort, welcher als eingeseilter Innungs-freund die Verpflichtung zu fühlen schien, für die Herren Meister eine Lanze zu brechen. Er trat den Ausführungen des Referenten entgegen, indem er anführte, das Vorgehen der Hamburger Kollegen könne mit den hiesigen Verhältnissen garnicht in Einklang gebracht werden. Schon deswegen nicht, weil doch seiner Meinung nach die hiesigen Kollegen meist alle selbst mal Bäckermeister werden wollten und man deshalb die Gesellenszeit bloß als "Uebergangs-Stadium" zum Meistertum betrachten müsse! Die Verhältnisse lehnen jedoch das Gegenteil, und so ward der Herr Gerner denn auch gründlich widerlegt. — Beim dritten Punkt: "Delegirtenwahl zum Gewerkschaftskartell" wurden die Kollegen Brunert und Kühl gewählt. Nachdem wurde folgende Resolution angenommen: "Die am 6. Oktober im "Ballhof" von ca 200 Kollegen besuchte Versammlung der Bädergesellen Hannover-Vindens erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammlung erblickt in dem siegreichen Vorgehen unserer Hamburger Kollegen ein schönes Beispiel von Solidarität und bezeichnet die oft gebrauchte Redensart: "Es nützt doch nichts" als eine leere Phrase. Die Versammlung nimmt ausdrücklich an, daß nur eine starke Organisation die Gewähr giebt für Erreichung besserer Verhältnisse in den Bäckereien, insbesondere eine Besserung der sozialen Lage der Bäckergesellen."

Kiel. Am 9. Oktober fand unsere regelmäßige Mitglieder-versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Monatsgeschäfte. 2. Abrechnung vom Vergnügen, vierteljährliche Abrechnung und Abrechnung über die Sammelisten. 3. Bericht vom Kartell. 4. Verschiedenes. Es wurden drei Kollegen neu aufgenommen. Nachdem die monatlichen Beiträge entrichtet, erhielt zum zweiten Punkt der

Kassirer das Wort zur Abrechnung. Es verbleibt darnach Ende September ein Kassenbestand von M. 60.45, einschließlich der M. 35 Ueberfluß vom Vergnügen. Für den Hamburger Streik sind M. 30 aus der Lokalkasse genommen und auf Sammelisten waren im Ganzen M. 154.35 eingegangen. Die Abrechnungen waren vom Vorstande und von den Revisoren für richtig befunden und wurde hierauf dem Kassirer Decharge erteilt. Unser Delegirter gab uns zum dritten Punkt einen kurzen Ueberblick über die letzte Sitzung des Gewerkschaftskartells. Hierauf stellte Kollege Görz die Anfrage, ob er den uns in letzter Versammlung versprochenen Vortrag halten könne. Unser Vorsitzender machte Görz darauf aufmerksam, daß wir zu unserem größten Bedauern diesen Punkt nicht mit auf die Tagesordnung gesetzt haben, weil Kollege Görz nicht rechtzeitig erschienen ist. Die Versammlung beschließt aber, betreffendem Kollegen das Wort zu erteilen. Redner verbreitet sich dann des Längeren über den § 153, seine Bedeutung bei Streiks und seine Anwendung. Er führt verschiedene Beispiele vor Augen, wonach Streikende, welche sich gegen diesen Paragraphen vergangen haben sollen, mit wahrhaft drakonischen Strafen bestraft seien. Er richtet an die Anwesenden die Mahnung, zu agitieren und den Verband zu stärken, denn nur eine feste Organisation sei der Damm, den wir den Ausbeutungsgelüsten unserer Gegner entgegen setzen könnten. Mit den Worten unseres Dichters Heinrich Heine: "Wir wollen auf Erden glücklich sein und wollen nicht länger mehr darben; verschlemmen soll nicht der faule Bauch, was fleißige Hände erwarben!" schließt Kollege Görz seinen Vortrag. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine interessanten Ausführungen. In der sich nun entspinneenden Debatte wurde leider der Eindruck, den diese Rede auf die Zuhörer gemacht, wieder verwischt. Ein Kollege, Kreischar, warf nämlich unserem Referenten vor, er hätte uns "alle Kamellen" vorgelesen. Der Vorsitzende leuchtete aber diesem Kollegen gründlich heim und machte ihn auf das Unpassende seines Betragens aufmerksam; derselbe wollte sich aber noch nicht beruhigen, so daß ihm schließlich das Wort entzogen werden mußte. Beim Punkt "Verschiedenes" kommt dann noch das hiesige Herbergwesen und die damit verbundene Arbeitsvermittlung zur Sprache. Es wird allgemein Klage darüber geführt, daß die Arbeitsvermittlung recht unregelmäßig gehandhabt wird. So sind Kollegen, die erst drei oder vier Tage aus der Arbeit sind, schon wieder in Stellung gekommen, während andere, welche schon vier Wochen und noch länger arbeitslos sind, zurückgestellt werden. Es soll versucht werden, diesem Uebel abzuhelfen, und ist deshalb eine dreigliedrige Kommission gewählt worden, welche mit der Innung zwecks Regelung des Arbeitsnachweises in Unterhandlungen treten soll. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Leipzig. Eine öffentliche Versammlung tagte am 12. Okt. in der "Flora". Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die Kollegen Leube und Voigt als Revisoren zur Prüfung des Berichts der Agitationskommission gewählt. Erster Punkt der Tagesordnung ist: "Die Zwangsbinnung und die Rechte der Gesellen und das bedrohte Koalitionsrecht." Der Referent, Kollege Preger, entledigte sich seiner Aufgabe in klaren, verständlichen Worten; hieran schloß sich eine längere Diskussion. Zweiter Punkt war: Bericht und Abrechnung des Streikfonds. Kollege Wiefner giebt bekannt, daß eine Einnahme von M. 291 erzielt wurde, dem gegenüber Reht eine Ausgabe von M. 121, bleibt ein Ueberfluß von M. 170. Kollege Breesmann befragt die Abrechnung. Kollege Wiefner wird entlastet. Die M. 170 sind auf ein Buch angelegt. Die Versammlung beschließt, daß das Geld in dieser Form weiter stehen bleibe. Der dritte Punkt wurde vertagt. Als Vertrauensmann wurde Breesmann wiedergewählt.

Lübeck. Unsere am Sonntag, den 2. Oktober, stattgefundene Mitgliederversammlung war sehr gut besucht, und ließen sich in derselben fünf Kollegen aufnehmen. Gleich bei Eröffnung der Versammlung machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß er jedem Redner, welcher von der Tagesordnung abweiche oder gar persönlich werde, das Wort entziehe. Daß dieses Beschlußes vom Vorstande, der auch ausgeführt wurde, als es trotzdem zwei ältere Kollegen versuchten, durch geschickte Angriffe auf einzelne Vorstandsmitglieder die Versammlung zu stören, verlief dieselbe ziemlich ruhig und sachlich. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Quartals-Abrechnung. 3. Verschiedenes. Bei Punkt 1 wurde der Vorstand beauftragt, so bald wie möglich den reisenden Kollegen das Abholen der Reiseunterstützung zu erleichtern; außerdem wurde der Vorstand beauftragt, bis zur nächsten Versammlung ein Regulativ auszuarbeiten, aus welchem ersichtlich ist, inwieweit Kollegen, welche Streikunterstützung erhielten, bereits angenommene Arbeit wieder verlassen können, ohne der Unterstützung verlustig zu werden. Punkt 2, Abrechnung, konnte nicht erledigt werden, da der Kassirer nicht anwesend war. Unter "Verschiedenes" wurde beschlossen, bald eine öffentliche Versammlung abzuhalten, und der Vorstand beauftragt, die nötigen Schritte dazu einzuleiten. Unter Anderem wurde auch Beschwerde darüber geführt, daß in der Bäckerei von R. Claus fast täglich über zwölf Stunden gearbeitet wird.

München. Am 12. Oktober fand im Vereinslokal unsere Quartalsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlen der Monatsbeiträge. 2. Kassenbericht über das dritte Quartal. 3. Wichtige Verbandsangelegenheit. Nachdem das Protokoll der letzten Monatsversammlung verlesen, ließen sich mehrere Kollegen aufnehmen und entrichteten ihre Monatsbeiträge. Hierauf erstattete der Kassirer, Kollege Jbscher, den Kassenbericht, welcher trotz der hohen Anforderungen des vergangen Quartals ein günstiger zu nennen ist. Es wurde hierauf vom Mitglied Meindl beanstandet, daß der Kassenbericht nur von den beiden Vorsitzenden unterzeichnet ist, wurde aber dahin aufgeklärt, daß die beiden Revisoren damals geschäftlich verhindert waren, und wenn vielleicht ein Mitglied Mißtrauen hegen sollte, demselben es jederzeit freistehet, das Kassenbuch einzusehen. Dann ging man über zum dritten Punkt. Hierauf gab Kollege Friedmann bekannt, daß der nächste Kongreß nach Beschluß des Geraer Kongresses in Süddeutschland, eventuell in München, stattfinden soll. Des Näheren erläuterte er auch die Wichtigkeit und die Bedeutung desselben und hob hervor, daß die Mitgliedschaft München keine Mühe und Arbeit kennt. Es wurde dann der Wunsch laut, einen diesbezüglichen Antrag an den Hauptvorstand zu richten. Des Weiteren ein Antrag des Gewerkschaftsdelegirten Vanke auf Wahl einer Agitationskommission, welcher laut Abstimmung gegen vier Stimmen angenommen wurde. In dieselbe wurden die Kollegen Götner, Krafer und Dietrich gewählt. Es wurde dann noch eine Ergänzungswahl, welche infolge des Auscheidens des Kollegen Götner notwendig war, vorgenommen und Kollege Steinmeier an dessen Stelle, Kollege Eder als Bibliothekar, Böck als erster Remeter als zweiter Schriftführer und Kollege Meindl als zweiter Revisor gewählt. Nachdem Kollege Friedmann noch auf das

Kirchweihkränzchen aufmerksam gemacht, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Rigsdorf. Am 6. Oktober fand hier eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Die Bedeutung des Hamburger Streiks und was ziehen wir für Lehren daraus? Referent: Höpfer. Berlin. 2. Die Konjunkturgenossenschaft und wie stellen wir uns dazu? 3. Winterbergrößen. Zum ersten Punkt erhielt Kollege Höpfer das Wort. Derselbe führte alle Einzelheiten des Streiks an und betonte, daß es nur durch die feste Organisation und thätige Hilfe der Hamburger Arbeiterschaft betreffs des Boykotts gelungen ist, den Streik siegreich durchzuführen. Zum Schluß forderte er die Kollegen auf, sich an der Organisation zu beteiligen, da nur durch dieselbe etwas erreicht werden kann. Es ließen sich hernach sechs Kollegen in den Verband einzeichnen. Zum zweiten Punkt wurde beschlossen, mit dem Vorstand der Konjunkturgenossenschaft Verbindung zu treten. Da der Vorsitzende, Herr Dr. ... nicht erschienen war, wurde in diesem Sinne eine Resolution einstimmig angenommen. Sodann wurden die Herren Jglsch, Schädel, Janke, Stube und Richter in das Bergungsgesamite gewählt. Ferner wurde beantragt, das Verbandslokal zu verlegen und zwar nach der Prinz Handjersstraße 88, beim Kollegen Janke. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, an die Kassierin zu schreiben zu richten, daß ein Ausschüßmitglied gewählt werden muß, weil ein Kollege ausgeschieden ist.

Wärzburg. Am Donnerstag, den 6. Oktober, fand im Saale „Zum goldenen Hahn“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zunächst besprach der Vorsitzende, Kollege Eduard Leidig, das siegreiche Ende des Hamburger Streiks und forderte die Anwesenden auf, dem Beispiele der Hamburger Kollegen zu folgen, indem sie fest und treu zum Verbandslokal hielten. Darauf wurden die Beiträge einkassiert und einige neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorsitzende erstattete sodann Bericht vom Gewerkschaftskartell, wobei er unter Anderem den Kollegen mitteilte, daß Kollege Seb den Posten als Gewerkschaftsleiter annehme.

Am Donnerstag, den 13. Oktober, fand in unserem Lokale eine allgemeine Bädererversammlung statt. Nachdem es ausdrücklich „Allgemeine Bädererversammlung“ hieß, waren die Anwesenden fast ausnahmslos Verbandslokalen. Vorsitzender Kollege Leidig referierte über „Verbesserung der Lage der Bädere Arbeiter durch die Organisation und Einführung des Frühstücks bzw. Frühstücksgebühre“. Anstatt die tatsächlichen Ausführungen des Referenten anzuhören und geeignete Maßnahmen zu treffen, bleibt man einfach den Versammlungen fern. Für die Wärzburger Kollegen gilt eben der Grundsatz: „Es wird so fortgewürfelt“. Auch die Mitglieder des Verbandes wurden ermahnt, mit ihren Beiträgen nicht so im Rückstand zu bleiben, da doch jeder Monat Abrechnung stattzufinden hat. Der Schluß der Versammlung wurde den Verbandsmitgliedern mitgeteilt, daß am Sonntag, den 6. November, in den „Central-Sälen zum Falken“ ein Tanzkränzchen stattfindet.

Polizeiliches und Gerichtliches.

* Ein Zuchthauskandidat. Während des Bäderstreiks in Hamburg hatte die Streikleitung in den ersten Tagen Posten auf den Bahnhöfen aufgestellt, die etwa ankommende fremde Bädere Gesellen darauf aufmerksam machen sollten, daß ein Lohnkampf ausgebrochen sei. Diese durchaus legale Ausübung des Koalitionsrechtes habe aber die Polizeibehörde der Republik Hamburg nicht, sondern mit Hilfe der §§ 73 und 74 der Hamburgerischen Straßenordnung geht sie ihr zu Leibe. So wurden auch die Bädere Gesellen, die sich zu dem oben angeführten Zwecke Ende Juni auf dem bekanntlich sehr geräumigen Grundstücke des Lübecker Bahnhofes aufgestellt hatten, von einem Schutzmann, der sich an die ihm gewordene Instruktion hielt, aufgefordert, fortzugehen. Einige Baderwächser und Vorsichtskrämer gingen, der Bädere Geselle G. blieb. Und gegen ihn wurde seitens der Hochwohlgeblichen ein Strafbescheid über M. 6 erlassen. G., der sich im Recht fühlte, legte Einspruch ein, jedoch wird er auch vom Schöffengericht II zu der von der Polizeibehörde festgesetzten Strafe verurteilt.

Einladung

zum
Zweiten Bezirkstag für Rheinland u. Westfalen
in Dortmund, im Gasthaus „Zur Arim“,
Heiligengartenstraße,
am Sonntag, den 13. November, Nachmittags 3 Uhr.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung des Vertrauensmannes.
 2. Sonntagstruhe und Maximalarbeitstag (Referent: Volge Redderjen-Dortmund).
 3. Das neue Handwerksgesetz.
 4. Anträge der Delegierten.
 5. Verschiedenes.
- Es wird angeführt der reichhaltigen Tagesordnung um frühzeitiges Erscheinen gebeten. Auch werden die Einzelgehälter des Verbandes erfaßt, sich zahlreich zu beteiligen. Ferner werden die Mitgliedschaften erfaßt, sich in Bezug auf die Delegiertenwahlen an den zweiten Teil des § 28 des Verbandsstatuts zu halten.

Die Agitationskommission.

Verbandsnachrichten.

Zur Beachtung für die Mitglieder.

Die Revisoren haben eine der wichtigsten Aufgaben in der Organisation, sie sind den Mitgliedern einer Beihilfe nach dem Schwammverbande dafür verantwortlich, daß in dem Kasseneben Unregelmäßigkeiten nicht vorkommen. Die Revisoren sind wenigstens allmonatlich einmal vorzutreten, jedoch steht es den Revisoren frei, zu jeder Zeit, ohne sich vorher bei dem Kassierer angemeldet zu haben, ihres Amtes zu walten. Bei der Revision ist ungefähr folgendes zu verfahren:

1. Feststellung der Einnahmen. Um die Einnahmen zu ermitteln, ist zu erfragen:
 - a) Wie viel Marken und Bücher der Kassierer in den letzten Revision erhalten hat und wie groß der Bestand an Marken und Büchern bei der letzten Revision war.
 - b) Wie viel Marken und Bücher noch vorhanden sind (aus der Zahl der verkauften ist dann die Einnahme zu berechnen).
 - c) Ob der Kassierer noch sonstige Einnahmen hatte.

2. Feststellung der Ausgaben.

Bei Feststellung der Ausgaben genügt es nicht, daß das, was der Kassierer im Kasseneben unter Ausgaben eingetragen hat, zusammengezählt wird, sondern es sind für die Ausgaben entsprechende Quittungen zu verlangen. Sind Gelder als an die Hauptkasse eingekassiert gebucht, dann muß die Summe mit einer vom Hauptkassierer oder von der Post ausgestellten Quittung belegt werden können.

3. Feststellung von Kassen- und Markenbestand.

Sind die Einnahmen und Ausgaben ermittelt, dann ist festzustellen, wie viel Geld, Bücher und Marken der Kassierer in Händen haben muß. Beides haben sich die Revisoren vorlegen zu lassen.

4. Kontrolle der Buchführung.

Bei Kontrolle der Buchführung ist darauf zu achten, ob auch alle Einnahmen und Ausgaben richtig in's Kasseneben und ob die von den Mitgliedern gezahlten Beiträge auch richtig in's Mitgliederverzeichnis eingetragen sind.

5. Revisionsvermerke.

Sind die Bücher richtig geführt und der festgestellte Kassen- und Markenbestand vorgelegt, dann ist dem Kassierer die Richtigkeit der Kassen- und Buchführung im Kasseneben zu bestätigen. Haben sich bei der Revision Unregelmäßigkeiten herausgestellt, dann ist das ebenfalls im Kasseneben zu vermerken und dem Bevollmächtigten, sowie dem Verbandsvorstande umgehend davon Mitteilung zu machen.

6. Revision der Monatsabrechnung.

Bei Revision der Monatsabrechnung ist, nachdem in oben angeführter Weise die Kassen- und Buchführung revidiert ist, festzustellen, ob die in den Büchern verzeichneten Einnahmen so übertragen sind, wie auf dem Rechnungsformular vorgeschrieben. In derselben Weise muß kontrolliert werden, ob die auf den Abrechnungsformularen verzeichneten Ausgaben mit den Büchern übereinstimmen und ob der auf der Abrechnung angegebene Bücher- und Markenbestand richtig ist. Sind die der Hauptkasse gehörenden Gelder noch nicht abgefordert, dann haben die Revisoren dafür Sorge zu tragen, daß dieselben abgefordert werden.

In unserer jetzigen Bewegung werden außerordentlich hohe Anforderungen in Bezug auf Agitation und Unterstützung gestellt, sowie in einer ganzen Reihe Rechtschutzangelegenheiten an die Hauptkasse des Verbandes gestellt. Diesen Anforderungen kann der Vorstand nur gerecht werden, wenn auch die Kassierer resp. Vorstände der Mitgliedschaften und Vertrauensleute pünktlich ihre Pflicht erfüllen und in der statutarisch festgesetzten Frist mit der Hauptkasse abrechnen. Eine ganze Reihe von Zahlstellen reist aber wieder 2-3 Monate, und sehen wir uns veranlaßt, alle diejenigen Zahlstellen, welche bis 15. November nicht, inkl. Monat Oktober, mit der Hauptkasse abgerechnet haben, öffentlich im Verbandsorgane bekannt zu geben.

Die Revisoren sind gehalten, genau nach dem Statut und den im Fachorgan gegebenen Anweisungen des Vorstandes bei der Revision zu verfahren.

Alle Verbandsmitglieder werden dringend ersucht, regelmäßig monatlich ihre Beiträge zu entrichten und dieselben nicht erst aufsummen zu lassen.

Desgleichen erinnern wir die Kassierer der Mitgliedschaften und Vertrauensleute des Verbandes daran, so bald wie möglich über die Broschüren: „Gesundheitsbuch für das Bäderegewerbe“ und „Ein Nothschrei der Bädere Arbeiter Deutschlands“, mit der Hauptkasse abzurechnen. Von beiden Broschüren ist noch eine Anzahl vorrätig und werden Nachbestellungen erbeten.

Zu nächster Zeit wird eine Agitationsbroschüre, welche den Beginn, Verlauf und das für uns siegreiche Ende des Streiks und Broksyotots in Hamburg-Altona-Wandsbek ausführlich behandelt, vom Verbandsvorstande herausgegeben und den Mitgliedschaften nach der Zahl ihrer regelmäßig zahlenden Mitglieder zur unentgeltlichen Verbreitung an dieselben zugestellt werden.

Die mit dem Auszahlen der Reiseunterstützung beauftragten Kollegen werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, nur an die nach dem Statut berechtigten Mitglieder Unterstützung zu zahlen und genau die §§ 10 und 11 des Statuts dabei zu beachten.

Zu letzter Zeit haben sich öfter in den Mitgliedschaften Kollegen gemeldet, welche angeben, beim Streik in Hamburg-Altona beteiligt gewesen zu sein, und ist solchen Leuten, ohne

daß sie eine Legitimation vorzeigen konnten, zu Unrecht Unterstützung gewährt worden. Wir warnen davor, die auf den Streik die rote Streikkarte, die auf den Namen des Inhabers lauten muß und die Nummer des Verbandes trägt, nicht besitzen, Unterstützung zu gewähren. In solchen Fällen wird man es mit Schwindlern oder Betrügern zu thun haben.

Nur solche Kollegen, die im Besitze der vorstehend bezeichneten Karte sind, auf welcher eingetragen ist, daß der Inhaber während des Streiks abgereist ist oder sich bis zu Ende des Streiks an demselben beteiligt hat, haben sich in Wirklichkeit an dem Streik beteiligt und sich während dieser Zeit nichts zu Schulden kommen lassen. Diese Bescheinigung muß mit der Unterschrift eines Mitgliedes des Streikcomités und mit dem Stempel der Mitgliedschaft Hamburg versehen sein.

Wenn sich irgendwo Kollegen melden, die in diesem Sommer in Hamburg-Altona-Wandsbek sich aufgehalten haben (in der Zeit vom 22. Juni bis 20. September), so verlange man von ihnen die Vorzeigung der Karte.

Alle Sendungen an den Verbandsvorstand sind an den Vorsitzenden O. Klumann, Weststr. 17, zu richten. Von jeder Geldsendung ist dem Hauptrevisor W. Devesorf, Hamburg, Süderstr. 55, §. 9, 1. Et., per Postkarte Mitteilung zu machen.

Adressen-Verzeichnis der ausländischen Bruderverbände und Fachblätter.

- a) Vorsitzende.
 - A. C. Jensen, Heiles Allee 5, III., Copenhagen L.
 - Karl Kristensen, Urtegade 15, Cystiania.
 - Anders Sjøsted, Stampgade 64, Östeborg.
 - J. Sobola, Wien XVI, 2, Verchenfeldergürtel 8.
 - A. Leuthe, Bismarck I, Gasthof „Goldener Stern“.
 - J. Schudel, New-York-Brooklyn, 29, W. Ribbenstr.
- b) Fachblätter.
 - „Medlemsblad for Bagerens Forbund i Danmark.“
 - „Bagerforbundets Blad i Norge.“
 - „Bageriarbetarens Organ for Sverika.“
 - „Der Zeitgeist“, Organ für die Interessen der deutschen mittelindustriellen Arbeiter in Oesterreich.
 - „De Bakkers Journal“ in Amerika.
 - „De Bakkers Bode“, Organ von den Niederländischen Bakkergezellenbond, den Haag, Koningsstreet 535.

Der Verbandsvorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (G. N. 42).

Zur Beachtung!

Adressen der Geschäftsstellen.

- Bureau der Hauptkasse und Zentralstelle.
Dresden-Alstadt, Seilergasse 6, 1. Et. Vorsitzender: Karl Pietzschmann. Kassierer: Hermann Reinhardt.
- Kassen-Ausschuß.
Cotta b. Dresden, Schanzstr. 18, part. Vorsitzender: Oskar Badojen.
- Vertikale Verwaltungsstellen.
Altona-Hamburg. Bureau: Altona, Wilhelmstr. 33, 2. Et. Bevollmächtigter Claus Krohn.
Berlin. Bureau: Berlin NO, Reibelfstr. 30, part. Bevollmächtigter Louis Schilling.
Dresden. Bureau: Seilergasse 6, 1. Et. Bevollmächtigter Hermann Reinhardt.
Düsseldorf. Bevollmächtigter Johann Einhaus, Bismarckstr. 6.
Frankfurt a. M. Bureau: Steinstr. 14, 3. Et. Bevollmächtigter Georg Angermeyer, Frankfurt Sachsenhaufen, Grethenweg 72.
Hamburg a. d. E. Bevollmächtigter August Schüttstr. 5.
Leipzig. Bevollmächtigter Gustav Hartung, Plagwitz, Weissenhoferstraße 62, 3. Et. Kassenlokal „Flora“, Windmühlenstraße 16.
Offenbach a. M. Bevollmächtigter Ludwig Reich, Schüttenstraße 20, part.
Oldenburg (Gehörs.). Bevollmächtigter Karl Sandstedt, Oldenburg b. Oldenburg, Hermannstraße 8.
Karl Pietzschmann, Vorsitzender.

Anzeigen.

Mitgliedschaft Harburg.

Mittwoch, den 9. November, Abends 7 Uhr:

Mitglieder-Versammlung bei Lüssenkop.

- Tagesordnung:
 1. Berbandsangelegenheiten.
 2. Vortrag (Referent: Genosse Dr. Hirschfeld).
 3. Abrechnung vom dritten Quartal.
 4. Verschiedenes.[M. 1,30] Der Vorstand.

Rath und Auskunft in allen aus

verhältniß entstehenden Streitigkeiten wird allen Kollegen unentgeltlich durch den Verbandsvorsitzenden, Weststr. 17, 1. Etage, erteilt. Sprechzeit täglich bis Nachmittags 4 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Schriftlichen Anfragen ist je eine 10 M.-Marke für Rückantwort beizufügen. Bei Meldungen wegen Uebertretung des Maximalarbeitstages und der Sonntagstruhe ist stets genauer Name und Wohnung des Arbeitgebers, sowie der Zeugen anzugeben.

Esslingen.

Am Sonntag, den 30. Oktober, Nachm. 2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung im Lokale „Drei Könige“.

- Tagesordnung:
 1. Einzahlen der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Vortrag.
 3. Gewerkschaftsbericht.
 4. Verschied.Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Beauftragte.

Backofen-Neu- u. Umbau zu Holz-, Kohlen- od. Koaksheizung.

Absatz über 5000 Stück. Permanente Ausstellung von zehn Backöfen verschied. Konstruktionen. Lager von Backofenarmaturen, Chamottesteinen und Chamotteplatten bester Qualität. Arbeiten u. Lieferungen nur unter Garantie der Güte bei billigster Preisstellung. [270] Prämiirt mit Staats-, goldenen u. silbernen Medaillen. Max Ketterer, Leipzig-Rennitz, Heinrichstrasse 21.

Achtung, Verbandsmitglieder von Hamburg-Altona-Wandsbek.

Der Arbeitsnachweis des Verbandes befindet sich jetzt Weststraße 17, 1. Et. Sprechstunden Nachmittags 5-8 Uhr. Dasselbe erfolgt auch die Auszahlung der Reiseunterstützung an auswärts befindliche Mitglieder. Die Vorstände der Mitgliedschaften Hamburg, Altona und Wandsbek.

Zürich (Schweiz).

Die Bäcker-Gewerkschaft (Verbandslokal „Goldner Stern“, bei der Quai-Brücke am See) hat am 1. Oktober die Arbeitsvermittlung eingeführt und dieselbe der Arbeitskammer der Stadt Zürich, Zähringerstraße 40, übertragen. Bureaustunden von 8-12 Uhr Vormittags und 2-6 Uhr Nachmittags. Dasselbe wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt, und zwar erhalten organisierte Kollegen 2 Franken, nichtorganisierte 50 Rappen. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Lauer & Co. in Hamburg.

Der alte, eheliche Statistiker an der Arbeit!

Nachdem sich die Herren vom Trifolium der Hamburger Innung von ihren schweren Sorgen und Plagen während des Streiks und Boykotts in einem kühlen Badeorte am Nordseestrande erholt haben, neue Kräfte für die Zukunft gesammelt und gestärkt wieder zurückgekehrt sind in ihre ruinirten Geschäfte, lassen sie ihrem Groll über den schmachtvollen Hereinfall mit dem Mehlboykott und ähnlichen schönen Sachen die Zügel schießen, und sofort macht ein „von befreundeter Seite geschriebener Artikel“ die Runde durch die Meisterpresse.

Oeffentlich zu klagen über den Hereinfall beim Brotboykott, sowie über die Unsolidarität der deutschen Innungsmeister, von denen noch nicht einmal jeder Germania-Bruder im Durchschnitt eine Mark gesteuert hat zur Unterstützung der verachteten Hamburg-Altonaer Innungsprogen, dazu vergeht den Herren natürlich die Luft. Die Klagen fließen auch besser von der Leber auf Verhandstagen, wenn man hübsch vorsichtig bei verschlossenen Thüren tagt und sogar die doch so gesinnungstüchtige bürgerliche Presse von den Verhandlungen ausgeschlossen hat. Dann werden unter „interne Angelegenheiten“ die Klagelieder über die Schlichtigkeit der Mehl-, Gese-, Holz- und Torflieferanten angestimmt, welche, trotzdem sie „freiwillig“ den Boykott beschlossen haben, es doch nicht unterlassen konnten, ihre Waaren an die Inhaber der bewilligten Bäckereien zu verkaufen und so das geplante „Paralysiren“ des Brotboykotts der Arbeiterschaft unmöglich machten.

Dort, wenn sie hübsch allein unter sich sind, schütten die Herren ihr Herz aus über die „Tölpel“ von Innungsmeistern, wie es dort hieß, die nicht einmal zum Posten stehen zu gebrauchen sind, sondern nur die Hand aufhalten, um Unterstützung zu erhalten. Dort konnte man auch auf den Arbeitgeberverband schimpfen, der die Innungen sitzen ließ, als er sie weit genug in der Lunte sah. Aber öffentlich in der Presse so etwas zu sagen, bewahre, da muß man das Maul vollnehmen wie ein aufgeblasener Frosch und erklären: „Nicht die Gesellen sind die Sieger, sondern wir, die Herren von der Innung!“

Wer es nicht glauben will, dem macht der „olde, eheliche Statistiker“ mit einer Fingerfertigkeit, die ihres Gleichen sucht, seine Statistik vor, und was er sagt, ist wahr! Wer wollte noch zweifeln an seiner Wahrheitsliebe? Wir wollen jedoch auch unser Theil dazu beitragen, diese „Statistik“ weitesten Kreisen bekannt zu geben, indem wir sie hier auszugsweise folgen lassen. Es heißt darin:

Es sind vorhanden in Hamburg (ausgenommen die Theile des Landgebietes, Bergedorfs, Cuxhavens u. s. w., wo der Streik wegen Nichtbetheiligung auch nur eines einzigen Gesellen nicht zu Stande kam): 303 Bäckereien, von denen sich auf keine Verhandlungen eingelassen, also nicht bewilligt haben, 228 Meister, welche 825 Gesellen und 114 Lehrlinge beschäftigen. Angeblich bewilligt haben 69 Meister mit 152 Gesellen und 13 Lehrlingen. Zweifelhafte: 6 Meister mit 24 Gesellen.

In Altona sind vorhanden (ausgenommen das Landgebiet): 145 Bäckereien, von denen 52 Meister mit 141 Gesellen und 8 Lehrlingen bewilligt haben, dagegen haben 93 Meister mit 201 Gesellen und 58 Lehrlingen nicht bewilligt.

In Wandsbek sind vorhanden: 32 Meister, wovon als bewilligt gelten 16 Meister mit 16 Gesellen, die übrigen 16 Meister beschäftigen 18 Gesellen und 11 Lehrlinge.

Also zusammen 480 Meister mit 1377 Gesellen und 204 Lehrlingen, wovon 137 Meister mit 309 Gesellen und 21 Lehrlingen als bewilligt angesehen werden und 6 Meister mit 24 Gesellen gelten als zweifelhaft, während 337 Meister mit 1044 Gesellen und 163 Lehrlingen sich überhaupt auf keine Verhandlungen eingelassen haben, nachdem die Verhandlungen zwischen den Innungen und den Altgesellen, als zu keinem Resultat führend, abgebrochen waren.

Erwähnt muß noch werden, daß die vorhandenen Großbetriebe, d. h. Betriebe, wo die Inhaber Kaufleute sind, die Bäckerei „Vorwärts“, einigen an der Spitze der „Organisirten“ stehenden Leuten gehörend, sowie die drei neu gegründeten Bäckereien der sozialdemokratischen Gewerkschaften, welche zusammen 108 Gesellen beschäftigen, außer Betracht gelassen sind, da alle diese Betriebe nicht für uns in Betracht kommen können.

Wir können jedoch nicht umhin, dieser „Statistik“ eine Aufmachung unserer Bücher entgegenzustellen, denn jede Bewilligung (Unterschrift des Meisters auf gedrucktem Formular) ist selbstverständlich von uns aufbewahrt worden, aber auch die einzelnen Zurückziehungen, die durch die famosen Mittel der Innungen von einzelnen Meistern erpreßt worden. Die meisten dieser Meister kamen natürlich sofort wieder zur Streikleitung und erklärten, daß sie sich von Innungsleuten hätten behören lassen, die Bewilligung der Forderungen aber aufrecht hielten. Nach diesen Formularen haben die Forderungen bewilligt in Hamburg 148 Bädermeister, in Altona 99, in Wandsbek 30 und 17 Auswärtige (außerhalb des Streikgebietes), also zusammen 297. Ihre Unterschrift haben zurückgezogen oder sind boykottirt worden (weil

sie die Forderungen zu umgehen suchten) von diesen Meistern in Hamburg 16, in Altona 21 und in Wandsbek 6, zusammen 43, bleiben also 251 Bäckereien, in denen die Forderungen bewilligt sind. Diese Zahl ist also die Hälfte der im Streikgebiet befindlichen Bäckereien, während am Tage der Beendigung des Streiks nur zwei Fünftel derselben bewilligt hatten, so viel haben noch nachträglich bewilligt. Noch am letzten Sonntag konnte wieder über acht Bäckereien der Boykott aufgehoben werden, welche noch bewilligt hatten. In diesen 251 Betrieben arbeiten 874 Verbandsmitglieder.

Wenn der Herr „Statistiker“ diese Zahlen nicht glauben sollte, so stellen wir ihm bereitwillig die Unterschriften auf den Bewilligungsformularen zur Verfügung! Und daß in diesen Bäckereien die Forderungen aufrecht erhalten bleiben, das lassen Sie unsere Sorge sein, für genügende Kontrolle wird der Verband schon sorgen, wie er dies bisher gethan hat.

Anknüpfend an die oben erwähnte Statistik, geht es natürlich weiter in schwulstigen Phrasen über den Streik und Boykott her, und man weiß wirklich nicht recht, was der Herr bezwecken will! Ob er glaubt, mit diesem Phrasenschwall den geschädigten und verachteten Existenzen unter seinen lieben Kollegen wieder auf die Beine zu helfen, oder diese Mache nur vollführt hat aus ziemlich begründeter Angst, daß mit dem Essen der Appetit kommt, und nach diesem schönen Erfolge ihrer gerechten Sache auch die Kollegen anderer Städte bald folgen werden, um auch endlich einmal für sich ein menschliches Dasein zu erkämpfen?

Letzteres wird wohl die Haupttriebfeder für sein Nachwerk sein, und an diesen Plan muß man auch unwillkürlich denken, wenn man sieht, mit welchem Eifer jetzt die Innungsleute darauf bedacht sind, ihre Innungspresse ihren Gesellen zum Lesen förmlich aufzubringen. Uns kann dies Vorgehen nur recht sein, denn unsere Kollegen lernen da mal den Geist jener Presse kennen, und, ohne daß es ihnen etwas kostet, sehen sie daraus, wie die Innungsleute bestrebt sind, sich selbst etwas vorzulügen und sich über ihre Niederlage hinwegzutäuschen!

Das Verhalten einiger „Auchkollegen“ von der „Hamburger Bruderschaft“ während des Streiks.

Wir hätten eigentlich keine Ursache, uns mit dem Häuflein organisirter Arbeitswilliger zu befassen, denn die bedeutungslose, lächerliche Rolle, welche diese seit Gründung ihres „Vereins“ gespielt haben, ist auch während des Streiks nicht viel anders gewesen, höchstens sind sie noch mehr der Lächerlichkeit anheimgefallen. Zunächst muß es zugestanden werden, daß einige der Besten ihrer Mitglieder es nicht glaubten mit ihrer Ehre vereinbaren zu können, dem Beschlusse der „Bruderschaft“ zu folgen und in Arbeit zu bleiben, sondern sich dem Beschlusse der Allgemeinheit fügten und die Arbeit am 22. Juni mit niederlegten.

Dies veranlaßte auch den Redner in der ersten Versammlung der Streikenden, diese erfreuliche Thatsache zuzugesehen. Darauf erhielt das Streikcomité ein ellenlanges Schreiben, in welchem Verwahrung eingelegt wurde, daß die „Bruderschaft“ sich dem Streik angeschlossen habe. Die Herren glaubten wieder einmal Gelegenheit zu haben, aus ihrer Bedeutungslosigkeit heraus zu kommen, es wurde ihnen aber 24 Gesellen nicht gethan — ihr Geschreibsel wanderte in den Papierkorb.

Streikbrecher kommen ja nun aus allen Gegenden, Meistersöhne und verkommene Subjekte, die man von der Landstraße und den Herbergen auflesen, Gefindel, welches Monate und Jahre lang keine Bäckerei gesehen hatte, schleppte man heran, und da glaubte die „Bruderschaft“ unter diesen Leuten, welche so recht nach ihrem Geschmack waren, reiche Ernte halten zu können. Ein mit nichtsagendem, albernem Quatsch bedrucktes Flugblatt wurde an die Arbeitswilligen verbreitet und zum 18. August eine Versammlung einberufen, in welcher ein Herr Schnabel (bis zum Jahre 1888 Mitglied des Bäckerverbandes, dann aber von einer Versammlung aus diesem ausgeschlossen — derselbe Mann, der während des Streiks mit dem Gelde der Innung Flugblätter gegen die Streikenden herausgab) in einem „Referate“ die Vernichtung des Verbandes und seiner Mitglieder vornahm. Die bürgerliche Presse fiel über dieses Nachwerk wie über ein gesundes Fressen her und natürlich druckten die Organe der Innungen diesen höheren Widdian ab. Es heißt in dem Bericht über die Versammlung:

Herr Schnabel wies alsdann in längeren Ausführungen darauf hin, daß es eigenthümlich berühren müsse, wenn eine Partei, die stets auf dem Boden der Freiheit und Gleichheit zu stehen behauptet und Feter und Mordio schreie, wenn man sie an der Ausübung des Meißelzuges hindern wolle, anderen Leuten, die sich an einer patriotischen Feier betheiligen wollen, an diesem Vorhaben zu hindern suchen. Der Verband der Bäcker habe immer hervor, daß er die Interessen der Bäcker-Gesellen vertritt. Diese Behauptung berühre aber eigenthümlich, wenn man nach einer Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erfahre, daß im Jahr 1896 1,35 pSt. aller Gesellen organisiert waren und im Jahre 1897 nur 1,27 pSt. Diese Vertretung von höchstens 1 pSt. der Bäcker-Gesellen gerichte sich als Vertretung der Bäcker-Gesellen Deutschlands. Und was die Einnahmen des Verbandes anbelangte, so betrogen dieselben nach derselben Statistik M. 8,95 pro Kopf — ein hübsches Säckchen für die Arbeiter für die Zwecke der Organisation. Und wofür werde dieses Geld verwandt? Darüber befehre ebenfalls dieselbe Quelle. Es wurden verausgabt für Reise-

unterstützung pro Kopf 30 M. und für das Verbandsorgan M. 1,36. (Der Redakteur der „Bäcker-Zeitung“ sei gleichzeitig Zentralvorstand und erhalte dafür ein Gehalt von M. 1200 p. a.) Dies seien im Ganzen M. 2,16 pro Kopf. Die übrigen M. 6,79 würden, wie es in der Statistik heiße, für andere gewerkschaftliche Zwecke benutzt, als da seien Streik der englischen Maschinenbauer, Hafenarbeiterstreik u. s. Für wirklich für die Gesellen nützliche Zwecke, als da seien Gründung einer Fachschule u. s. habe man kein Geld übrig.

Uns mit diesen rechnerischen Experimenten und statistischem Materiale des Herrn Schnabel zu beschäftigen, haben wir keine Lust, nur so viel sei erwähnt, daß er in der That gut von seinem Vorkämpfer Blindmann geehrt, statistische Zahlen für seine Zwecke auszunutzen und zu verdrehen. Während nun dieser Bericht in einer Form, als wenn diese von 30—40 Arbeitswilligen besuchte Zusammenkunft eine Massenversammlung von 1000 Bäcker-Gesellen gewesen wäre, von der bürgerlichen Presse in allen Orten gehörig ausgeschlachtet wurde, fand der Bericht über die nächste Versammlung der Bruderschaft gar keine Beachtung in dieser Presse! Warum? Nun, er paßte den Leuten nicht in den Kram, denn er lautete folgendermaßen:

Die Septemberversammlung wurde gestern Nachmittag in der „Bäcker-Herberge“ bei Neumann, Mühlenstr. 7, unter Vorsitz von F. Lange abgehalten. Der Vorsitzende erinnerte daran, daß vor kurzem ein Antrag vorlag, welcher sich dahin zielt, bei der Bäckereinnung vorstellig zu werden, um mit Bezug auf das Beschäftigungswesen Verbesserungen herbeizuführen. Ein diesbezüglicher Wunsch lautete dahin, die Herren Prinzipale möchten veranlassen, ihren Gesellen entweder ein „warmes Abendessen“ resp. „Frühstück“ zu verabreichen oder an dessen Stelle eine Entschädigung von 30 M. treten zu lassen. Ueber diesen Antrag entstand eine umfangreiche Debatte; es wurde u. a. ausgeführt, daß die Verbands-Gesellen zwar oft etwas zu pessimistisch dreinschauen, es sei und bleibe aber dennoch Thatsache, daß das Kost- und Logiswesen Ranges zu wünschen übrig lasse. U. s. von der Innung beliebte Kalkulation, die Beschäftigung und Wohnung, die der Geselle frei geliefert erhalte, repräsentire einen Werth von M. 12 pro Woche, treffe in diversen Backbetrieben nicht zu, die genannte Summe sei in vielen Fällen etwas zu hoch gegriffen. Der Vorsitzende bat die Anwesenden, Streiks und Boykotts überhaupt aus dem Spiele zu lassen. Wollte man das Bäckergewerbe heben, wolle man Mißstände beseitigen, dann müsse man die Arbeitgeber, gestützt auf die öffentliche Meinung, überzeugen, daß solche wirklich vorhanden sind. Nur durch ein gemeinschaftliches Wirken, nur wenn der Gehülfsstand — in Uebereinstimmung mit der Prinzipalität — operire, werden sich krankhafte Erscheinungen, wo sie sich auch innerhalb eines Gewerbes zeigen mögen, mit Erfolg beseitigen lassen. Die Bäcker-Bruderschaft bezwecke, ohne jede politische Tendenz, auf einer rein gewerkschaftlichen Grundlage die Rechte ihrer Mitglieder zu wahren und nach jeder Aufbesserung im Bäckergewerbe hinzustreben. Sodann wurde der anfangs erwähnte Antrag, bei der Bäckereinnung, resp. bei dem Obermeister H. Knopf, vorstellig zu werden, mit der Klausel zum Beschluß erhoben, daß eine Kommission die Forderungen in einem Schriftstück näher präzisiren und dieselben der nächsten Monatsversammlung (am 6. Oktober) noch einmal zur Durchberatung unterbreiten soll.

Wir glaubten schon, daß nach dieser Unzuliebeheit unter den Lammfrommen Leuten nun bald ein Streik der Arbeitswilligen ausbrechen würde; so weit ist es aber, Gott sei Dank, noch nicht gekommen. Aber es giebt zu denken, wenn auch die zufriedenen Gesellen schon Forderungen stellen!

Armer Blindmann! Es geht jetzt auch U. s. verkehrt, nicht einmal die unter hohem Protektorate stehenden Mitglieder dieser „Bruderschaft“ sind mit ihrem herrlichen Looze mehr zufrieden. Da werden wohl bald einmal mehrere Faß Bier oder eine Pentennarfeier nachhelfen müssen, um das europäische Gleichgewicht wieder herzustellen!

Gewerkschaftliches.

* Aus Spandau. Die „lieblichen“ Junstgebräuche spuken auch noch in den Köpfen der hiesigen Kollegen. Vor einiger Zeit ging der Innungsbote mit folgendem Zirkular des Altgesellen in den hiesigen Bäckereien herum:

„Ich bitte die Kollegen, zu der Generalversammlung recht zahlreich zu erscheinen, besonders die zugezogenen, damit wir einander kennen lernen und ein Töpfchen Bier zusammen trinken, denn es sind von der Innung sieben Mann freigesprochen worden, die sich hier abfinden wollen. Ich werde nachher Jedem einen Gesellschaftschein ausstellen, damit dieselben auch überall als zünftige Gesellen angesehen werden.“

Die armen Geschöpfe, die von ihren paar aus Trinkgeldern in der Lehre erparten Groschen den Herren „zünftigen Gesellen“ die Rechte spüren müssen, um dafür einen „Gesellschaftschein“ zu bekommen, für den kein Mensch etwas giebt, und damit dann, ihrer Spargroschen entledigt, mittellos auf die Landstraße gejagt werden.

* Strengste Strafe Demjenigen, der Ausrede an freiwilliger Arbeit hindert. Diese Drohung kann sich in Mainz gewisse Herren von der edlen Bäckerei merken, die unseren Kollegen S. gar zu gern mit dem Wanderstock in der Hand arbeitslos auf der Landstraße sähen. Der Kollege hat nämlich das entsetzliche Verbrechen begangen, daß er die Mißstände einer hiesigen Bäckerei der Polizei unterbreitete, und ein solches faß an Hochverrath grenzende Verbrechen mußte unbedingt seine Sühne finden. Der Sprechbote der Innung begab sich daher zu dem Meister unseres Kollegen und ersuchte denselben, den bei ihm in Arbeit stehenden S. sofort zu entlassen, da derselbe ein \ddot{u} Soja und sogar Verbandsmitglied sei. Gründe genug zur sofortigen Brotlosmachung. Der Meister theilte jedoch die Ansicht des Sprechboten nicht, fertigte vielmehr denselben kurz und bündig ab, so daß dieser mit langer Nase abziehen mußte, ohne den Wunsch seiner Herren und Gebieter erfüllt zu sehen.

* Achtung! Da in Kopenhagen die Verhandlungen mit den Inhabern der Roggenbrotfabriken wegen der Forderungen unserer Kollegen gescheitert sind, legten am 14. Oktober die in diesen Instituten beschäftigten Kollegen, mit Ausnahme der Genossenschaftsbäckerei, die Arbeit nieder. Der Vorstand des

dänischen Bruderverbandes beschloß, für die Dauer des Streiks die Ausbezahlung der Reisefunterstützung einzustellen. Zugun nach Dänemark ist fern zu halten!

Der Verbandsvorstand.

Der „Vorwärts“ berichtet aus Kopenhagen: Der Fachverein der Bäcker in Kopenhagen hielt eine Generalversammlung ab, die von 600 Mitgliedern besucht war. Er beschloß, sich den streikenden Roggenbrotarbeitern anzuschließen und die Arbeit auf den Fabriken nicht anzunehmen, bevor diese das Lohnregulativ der Arbeiter angenommen haben. Die vereinigten Feinbrot-Bäckermeister drohen übrigens, sich durch Aussperrung ihrer Arbeiter an dem Lohnkampfe zu beteiligen, doch gehören die meisten kleinen Bäckermeister diesem Bunde nicht an. Dafür will man sie aber durch einen Boykott der Bäckereien zwingen, ebenfalls die Arbeit einzustellen. Es scheint, daß hier ein größerer Lohnkampf entzündet soll. — Das Verbot wird, ist diese Drohung bereits zur Ausführung gekommen und wurden am Sonnabend Mittag in sämtlichen Bäckereien die Arbeiter ausgesperrt.

Unterm 25. Oktober wird über die Aussperrung gemeldet, daß 1000 Bäckergehilfen von dieser Maßnahme betroffen sind. Die Bäckermeister versuchen durch eigene Arbeit und durch Befreiung der Brotversorgung der Stadt einjermassen durchzuführen, auch Lamen von Dalmb und einigen kleineren Städten Ozeands größere Brotzufuhren. Trotzdem sind die Brotpreise bedeutend gestiegen.

Ferner heißt es in Kopenhagener Blättern, welche uns vom Vorstand gelangt wurden:

Die kleinen Bäckermeister freilich heute, Dienstag, wird in Kopenhagen Brotmangel eintreten, denn die kleinen Meister waren zum größten Theil nicht zur Arbeit angetreten. Als der Konflikt ausbrach, war nämlich ausgemacht, daß die kleinen Meister (Lugus- und Kuchen-Bäckereien) ihren Betrieb einstellen und in den Fabriken die Gesellen ersetzen sollten. Ihre Läden sollten dann von den Fabriken aus mit Schwarz-, Fein- und Weißbrot versehen werden. Als am Sonntag das Brotvertheilen vor sich ging, passirte das Malheur, daß die Küstler nur ihre gewöhnlichen Verkaufsstellen mit Brot versahen und an den Bäckermeisterläden vorbeifuhren. Als die Meister von den Fabriken nach Hause kamen, fanden sie ihre Läden und Geldschubladen vollständig leer. Die Arbeiter wurden sie natürlich sehr erobst und freuten. Da kam das Zentralcomité auf einen anderen Gedanken. Es machte den kleinen Meistern den Vorschlag, daß sie in ihren eigenen Bäckereien so viel Fein- und Weißbrot herstellen könnten, wie sie wünschten, und dann acht Stunden täglich in den Fabriken mitarbeiten sollten. Erstlich gingen hierauf ein, die Meisten erklärten jedoch, daß sie jetzt ihre eigenen Bäckereien versorgen wollten und sich nicht mehr um die Fabriken bekümmern wollten.

Wie die Meister arbeiten. Die Bäckermeister sind natürlich garnicht froh, daß sie als Gesellen arbeiten müssen und haben deshalb verschiedene Reformen eingeführt, welche die Gesellen wohl sehr gern übernehmen werden. Sie rauchen nämlich Zigarren und trinken Champagner während der Arbeit. Ebenfalls sind sie gleich über die drei sozialistischen 8-Zahlen einig geworden. Wenn die richtigen Gesellen sie nun recht lange bei der Arbeit lassen, so werden die Gesellenforderungen alle eingehört und noch weit übertroffen werden. Dann wird noch Sopha und Spieltisch in die Bäckereien kommen und schließlich würden 14 Tage Ferien mit vollem Lohn auch noch eingeführt werden. Wenn auch die Forderung dieser neuen Gesellen etwas übertrieben sind, so würden wir ihnen doch raten, dieselbe beizubehalten, wenn sie wieder Meister werden, dann kommt es den richtigen Gesellen zu Gute und ein jeder Konflikt wird in Zukunft vermieden sein. („Dän. B.-Blg.“)

Das dänische Regierungsblatt „National-Zeitung“ schreibt: „Die Bäckermeister haben eine Streikliste, woraus die Meister Unterstützung erhalten, welche durch einen Streik oder eine Aussperrung geschädigt werden. Hier haben die Meister aber ganz unterschämte Forderungen gemacht. Sie haben nämlich bis 50 Kronen täglich verlangt. Die guten Meister sollten sich doch erinnern, daß die Gesellen nur 10 Kronen wöchentlich Streikunterstützung erhalten. Es ist noch keinem Gesellen eingefallen, seinen vollen Wochenlohn bei Streik zu verlangen. Es ist auch wahr, aber läglich, daß der Zusammenhalt bei den Gesellen viel kräftiger ist, als bei den Meistern, bei welchen ihre eigenen Interessen oft die Hauptrolle spielen.“

Das dänische Blatt „Politiken“ schreibt: „Als die kleinen Meister die Arbeit in den Fabriken aufnahmen, wurde ihnen von den Fabrikanten der ganze Verdienst für das fabrizirte Brot versprochen. Den Meistern war das Arbeiten in den Fabriken ungewohnt und deshalb wurde in den ersten Tagen eine Menge Brot versaut. Nun verlangen die Fabrikanten Entschädigung und wollen den Verlust von dem Verdienst der Meister abziehen, welches diese sich nicht gefallen lassen wollen. Ueberhaupt wurden die kleinen Meister für ihre Hilfe von den Fabrikanten mit Unrecht belohnt.“

Eingekandt.

Bzüglich der von dem Kollegen Götte-Barmen angeregten Einigung der Arbeitslosenunterstützung haben wir, daß der Verbandstag sich mit dieser Frage wenig befaßt hat, erwarten vielmehr, daß derselbe die Arbeitslosenunterstützung ablehnen wird; denn so lange wir nicht ein Arbeitsnachweis in Händen haben, eines der wichtigsten Kampfmittel der Gewerkschaften, und bessere Arbeitsverhältnisse in unserem Gewerbe Platz greifen, so lange sind wir Gegner einer Arbeitslosenunterstützung.

Das von dem Kollegen Götte angeführte Beispiel genügt uns nicht, um zu beweisen, daß der höhere Prozentfuß der Organisirten auf die Arbeitslosenunterstützung zurückzuführen sei, sondern es sind andere Verhältnisse, welche eines großen Einflusses auf den Mitgliederbestand ausüben. Am allerwenigsten ist eine Erhöhung der Monatsbeiträge von 20 % im Stande, eine derartige Unterstützung, wie Götte sie vorschlägt, durchzuführen.

Wir nehmen folgendes Beispiel an: Der Verband reize infolge der Arbeitslosenunterstützung auf 10000 Mitglieder. Durch die Erhöhung der Beiträge um 10 % werden wir A. 24000 erzielen, mit dieser Summe würde die Unterstützung geregelt werden, und wir würden dadurch 10000 Mitglieder, durchschnittlich täglich 66 Kollegen zu unterstützen, während wir unsere Arbeitslosenunterstützung an 10000 Kollegen, die obige Unterstützung wohl für die Hamburg-Arbeiter oder die einer ähnlichen Stadt reicht, aber was wir mit den anderen Kollegen in anderen Städten, wo vielleicht die Arbeitslosenunterstützung zu Tage tritt, als es in Hamburg der Fall ist, übernehmen und nicht fehlen? Wir schätzen die Arbeitslosen bei

10000 Mitgliedern mindestens auf 2—3 Prozent, demnach auf 200—300 Mann bei einer derartigen Mitgliederzahl.

Nach dem Vorschlage des Kollegen Götte betreffs der Arbeitslosenunterstützung möchte der Verband den Beitrag mindestens auf M. 1,60 bis M. 1,80 erhöhen, um alle Anforderungen, welche dann an denselben gestellt werden, zu erfüllen. Weiter müssen wir auch annehmen, daß derartige Kollegen, welche durch diese Unterstützung dem Verbands beitreten, dieselbe auch im höchsten Maße zu ihren Gunsten ausnützen werden. Deshalb glauben wir, weil in unserem Gewerbe eine große Zahl Kollegen arbeitslos ist, dieselben werden eher den Verband aufreiben, als denselben heben. Daher warnen wir die Kollegen, einer Arbeitslosenunterstützung zuzustimmen. Denn so indifferent sich die Delegirten auf dem Verbandstage in Gera benommen haben in Bezug auf die Verschmelzung der Verbände, so wohlwollend braten sich dieselben auf dem nächsten Verbandstage jener Arbeitslosenunterstützung annehmen. Je mehr in einer Organisation das Unterstützungsweesen ausgeprägt ist, je eher verliert dieselbe den Charakter einer Kampforganisation, und das soll in Zukunft vermieden werden.

Mehrere Kollegen des Plauenschen Grundes.

Zur Arbeitslosenunterstützung.

Dieses Thema, welches der Kollege Götte in letzter Nummer dieser Zeitung einer Besprechung unterzogen hat, ist gewiß von vielen Kollegen freudig begrüßt worden. Unterzeichneter dieser Zeilen ist ebenfalls der Ansicht, daß der Verband bezüglich des Unterstützungsweesens unbedingt Schritte unternehmen muß, die der jetzigen Situation betreffs dieser Frage, welche schon der letzte Verbandstag gestreift hat, endgültig eine Regelung angedeihen läßt.

Folgende Thatsachen sprechen für Regelung der Unterstützungsfrage: das häufige Ausscheiden der Mitglieder aus dem Verbands, welche infolge ihrer Arbeitslosigkeit den Ort ihrer bisherigen Thätigkeit verlassen und dadurch in Gegenden kommen, wo sie an ihre gewerkschaftlichen Pflichten nicht erinnert noch erinnert werden, und dadurch für uns und unsere Sache verloren gehen; ferner die immer und immer wiederkehrende Frage der indifferenten Kollegen, die da lautet: „Ja, was für Vortheile haben wir in pekuniärer Beziehung von Eurem Verbands?“

Betrachten wir uns nun diese Punkte näher, so sehen wir im ersteren Fall, daß es von den oben angeführten Kollegen eine Menge geben würde, die, falls ihnen eine Unterstützung während der Arbeitslosigkeit gewährt würde, am Orte blieben und auch fernerhin unserer Fahne angehören würden. Nicht, wie es jetzt geschieht, die Landstraße mit ihrer ungewissen Zukunft vorziehen und dadurch wieder ihrer früheren Verschumpfung, welcher sie während ihrer Mitgliedschaft (zum Theil) entrisen waren, auf's Neue anheimfallen. Der andere Punkt, und zwar derjenige, welcher in erster Linie für die Arbeitslosenunterstützung geltend zu machen wäre, ist jener, welcher betreffs der Agitationsarbeit viel für sich hat, und zwar aus folgendem Grunde: Unsere mündliche Agitation, die wir in öffentlichen Versammlungen ausführen, gipfelt doch in der Hauptsache darin, daß wir im Allgemeinen die Lebenslage unserer Kollegen und die Einrichtungen der Bäckereibetriebe einer Kritik unterziehen; ferner, daß durch den Anschluß an den Verband wir mit der Zeit bessere Existenzbedingungen erreichen. Doch all' diese an und für sich sehr richtigen Argumente können trotzdem die Kollegen nicht bewegen, in größerer Anzahl unserer Organisation beizutreten.

Was ist nun schuld an diesem Zustande? so müssen wir uns fragen. Und die Antwort liegt sehr nahe. Wer die Bäcker in ihrem näheren Umgange kennen gelernt hat, der weiß genau, daß dieselben in der weitaus größten Anzahl genossen und abermals genossen wollen. Sie theilen darin im Allgemeinen den Standpunkt der „großen Masse“. Und diesem Standpunkte müssen wir unbedingt Rechnung tragen. Wir müssen, nochmals betone ich dies, den indifferenten Kollegen einen wirklich praktischen Nutzen, dessen jeder Einzelne nach seiner Lage theilhaftig werden kann, bieten; denn der Standpunkt, eine bloße Kampforganisation zu sein, kann uns, die wir den wirtschaftlichen Kampf anzufechten haben, keine so große Anhängererschaft zuführen, die wir unbedingt nötig haben, um mit Erfolg unseren Bestrebungen zum Siege zu verhelfen. Und ein großer Vortheil ist es, wenn wir bei unserer Agitation den Kollegen sagen können: „Ihr seid, indem Ihr dem Verbands beitrete, auch gleichzeitige gegen die Begleitertheilungen der Arbeitslosigkeit geschützt, da Ihr jeden Tag während dieser Zeit einen gewissen Geldbetrag empfangt, der Euch vor dem größten Elend bewahrt.“ Und ich glaube, daß wir unter Hinweis auf diesen Punkt ganz gewiß auch Erfolg haben.

Seht Euch doch z. B. die Gewerkschaften Hirsch-Dunder'scher Richtung an. Wodurch können diese überhaupt noch floriren? Einzig und allein durch die pekuniären Vortheile, welche sie ihren Mitgliedern bieten.

Ich bin mit meinen Ausführungen zu Ende. Zum Schlusse dieser Zeilen möchte ich allen Kollegen zurufen: „Nehmt zu dieser hochwichtigen Frage Stellung und erörtern dieselbe in Euren Versammlungen, damit wir zu einem gedeiblichen Resultat kommen. Ueber die Kostenverursachung ein anderes Mal. Mainz, Ende Oktober 1898. Ewald Jahn.“

Erklärung.

Die vorige Ausgabe unserer Fachzeitung enthält u. A. einen Bericht einer Dortmunder Mitgliederversammlung, welcher sich in unverkennbar gefälliger Weise mit meiner Person beschäftigt. Erstens wird mir vorgeworfen, die am 21. August bei mir eingegangenen M. 10 in der Abrechnung nicht mit angeführt zu haben. Durch die Anmerkung des Schriftführers ist über diesen Punkt ja genug Aufklärung gegeben, so daß ich mich darüber nicht weiter zu äußern brauche. Was nun die Vorhaltungen seitens des Kollegen Lüders anlangt, so ist es mir in der That unbegreiflich, wie man ohne nur den geringsten Grund in den Versammlungen ein Votum über die Handlungsweise der Agitationskommission anfragen kann. Der Bericht spricht davon, daß Kollege Lüders sich auch zur Agitationskommission gemeldet, von mir aber nach Hamburg verwiesen sei. Der erste Theil der Behauptung zeigt von einer gänzlich verkehrten Auffassung über das Wesen der Agitationskommission als solche seitens des Kollegen Lüders, denn wollte sich eine solche Kommission aus den Kollegen der verschiedenen Orte Rheinlands und Westfalens zusammensetzen, so würden sich die Mitglieder derselben während eines Theiles ihrer freien Zeit auf der Eisenbahn amüsiren können, um an den Sitzungen der Kommission theilnehmen zu können. Nach meiner Ansicht sollte sich gerade der Kollege Lüders mal über das Wesen der Agitationskommission aufklären lassen, ehe er in den Versammlungen sich in einer Kritik gefällt, die den Stempel der

totalen sachlichen Unkenntniß an der Stirne trägt. Im Uebrigen wird sich der nächste Bezirkstag zu Dortmund mit diesen Angriffen zu beschäftigen haben. **Hob. Götte, Barmen.**

N.B. Zu der ebenfalls in voriger Nummer veröffentlichten Abrechnung vom Hamburger Streik bemerke ich im Auftrage der Agitationskommission, daß sich in unseren Händen noch der Betrag von M. 28,80 befindet, und daß außerdem noch eine Anzahl von uns ausgegebener Sammellisten noch nicht bei mir eingegangen ist. Bei den oben erwähnten M. 28,80 befinden sich noch M. 2,80, eingegangen in einer Versammlung zu Düsseldorf am 31. Juli. **Der Obige.**

An die Kollegen von Würzburg und Umgegend!

Ich fühle mich veranlaßt, die Kollegen von Würzburg und Umgegend zu bitten, in ihrem eigenen Interesse ihrer Berufsorganisation beizutreten. In jeder Versammlung wird es Euch immer klar und deutlich vor Augen geführt, welche Vortheile der Verband bietet, und doch wollt Ihr es nicht begreifen. Der Verband ist das einzige Mittel, womit wir unsere Lage verbessern können, denn einzeln sind wir nichts, vereinigt sind wir Alles. Vor Allem möchte ich diejenigen Kollegen, welche sich in den Verband haben aufnehmen lassen, ersuchen, denselben auch treu zu bleiben und immer mehr neue Mitglieder demselben zuzuführen. Ferner mache ich Euch darauf aufmerksam, daß wir alle 14 Tage Versammlung haben, und zwar im Gasthause „Zum goldenen Hahn“. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in den Versammlungen regelmäßig und pünktlich zu erscheinen. Auch ersuche ich die Kollegen, im Interesse unserer gerechten Sache ihre Beiträge prompt zu entrichten. Werthe Kollegen, betrachten wir uns einmal andere Arbeiter gegen uns, wie diese mit Hilfe der Organisation ihre Lage verbessert haben, und dieses können auch wir, wenn Ihr Euch Alle sammt und sonders dem Verbands anschließt.

Darum auf, laßt kein Hinderniß, welches uns von Seiten unserer Gegner in den Weg gelegt wird, haltet fest und treu zusammen, dann wird es für uns eine bessere Zeit kommen. Zum Schlusse ersuche ich Euch, in der nächsten Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. **Eduard Leidig.**

Aufruf an die Landshuter Kollegen!

Frohe Siegesfreude geht durch das ganze Deutsche Reich. Manche bis jetzt noch still und ruhig dastehenden Kollegen sind aus ihrem Jahre langen Schlafe geweckt worden, denn die Bäckereiarbeiter Hamburgs haben uns gezeigt, daß es auch in unserem Gewerbe möglich ist, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbei zu führen, wenn man sich fest und treu zu einem Ganzen zusammenschließt. Aber nicht nur in größeren Städten, sondern auch in den Provinzstädten fängt es jetzt zu dämmern an; daß auch Landshut nicht zurücksteht, hat die erst kürzlich stattgefundene Gewerbeberichtsversammlung gezeigt, wo die organisirte Arbeiterparade glänzend gesiegt hat. Daß Landshut nicht ein Arbeiterparadies ist, besonde für die Landshuter Kollegen, weiß ich auch aus schon zugegangenen Mittheilungen.

Darum, Ihr Landshuter Arbeitsbrüder, nehmt ein Beispiel an den Münchener Kollegen, erwacht aus Eurer Winterchlaf und folgt den anderen organisirten Gewerkschaften Landshuts; tretet dem deutschen Bäckerverbande als Mitgliedschaft bei, denn nicht in Spiel- und Tischgesellschaften werden Eure Interessen vertreten, sondern einzig und allein in der modernen Gewerkschaftsorganisation. Darum auf und heraus, Ihr Brüder Landshuts, aus Euren Beschöhlen und hinein in die Gewerkschaftsbewegung, damit auch in Landshut einmal mit dem Brauche der Lohnklaberei ausgeräumt wird und Ihr als Menschen unter den Menschen leben könnt. **Sie Niederbayer.**

N.B. Um Näheres zu erfahren, wendet Euch an die Mitgliedschaft München des deutschen Bäckerverbandes, Brunstr. 3/0.

An die Kollegen Rosenheim!

Da vor einigen Jahren in Rosenheim von den Münchener Kollegen schon der Versuch gemacht wurde, die Bäckergehilfen Rosenheim zu organisiren, dieses Unternehmen aber an der Gleichgültigkeit der Rosenheimer Kollegen wieder scheiterte, so richte ich von Neuem einige Worte zur Beherzigung an dieselben. Durch ganz Deutschland ergeht jetzt der Ruf zum Sammeln. Die Kollegen Hamburgs haben uns nämlich gezeigt, was durch festes Zusammenstehen erreicht werden kann. Wenn es in einer Stadt von so und so viel Einwohnern und über 1000 Bäckergehilfen möglich ist, bessere Lebensbedingungen zu erringen, warum sollte es in kleineren Städten nicht möglich sein, mit den alten Kunstanschauungen zu brechen. Es müßte dies ein Leichtes sein, wenn alle in Rosenheim beschäftigten Kollegen sich aufrafften und, den Münchener Kollegen folgend, sich organisiren würden. Wir in Rosenheim dürften gewiß auf die Hilfe der Mitgliedschaft Münchens rechnen.

In unserem eigenen Interesse liegt es nun, ob wir noch länger zusehen, wie wir uns in den jungen Jahren um ein paar Mark Lohn abradern müssen, um im Alter, als alte Bettler von Dorf zu Dorf wandernd, unser Leben zu fristen. Nein, Kollegen, nicht mehr länger wollen wir warten, sondern jetzt noch, weil uns noch kein Zuchthausgesetz entgegensteht, wollen wir trachten, daß auch für uns Bäcker einmal die Sonne scheint. Ich fordere daher die Kollegen Rosenheim auf, sich zu organisiren und eventuell eine Mitgliedschaft des Deutschen Bäckerverbandes zu gründen, denn nur in dem Anschluß an denselben erblicke ich eine Besserung unserer traurigen Lage.

N.B. Nähere Auskunft wird in München beim Deutschen Bäckerverbande, Brunstraße 3/0, erteilt. **Ein Rosenheimer.**

Vorläufige Erklärung.

Zu dem in Nr. 20 der „Deutschen Bäder-Zeitung“ unter „Eingekandt“ erschienenen Artikel: „Wie in Berlin gewählt wird“, erklären wir, daß uns bis dato weder eine Bescheidene zugegangen, noch ein Beweis für die im bezüglichen Artikel angeführte Beschuldigung erbracht worden ist. Wir erklären uns auch jetzt noch bereit, eine genaue Untersuchung in dieser Sache vorzunehmen, und ersuchen deshalb die Einsender des betreffenden Artikels, uns hierzu erforderliches Beweismaterial zu unterbreiten, um dem entsprechenden Maßnahmen treffen zu können. Eine weitere Erklärung können wir ohne vorherige Untersuchung dieser Sache nicht abgeben.

Der Stassenvorstand

der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker.
J. A.: Karl P i e t s c h m a n n, Vorsitzender.

Herausgegeben und redigirt von D. Allmann, Hamburg.
Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.